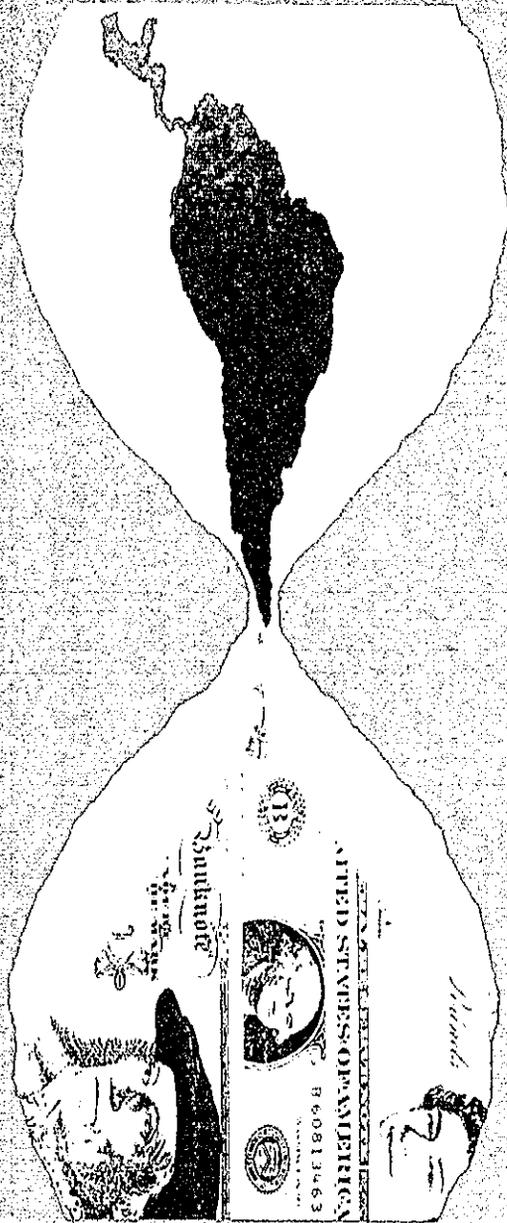


NEOLIBERALISMUS UND
DEMOKRATISIERUNG



**GEWERKSCHAFTEN
IN LATEINAMERIKA**

20
21
22

Entwicklungspolitik

Materialien
zur gewerkschaftlichen
Bildungsarbeit

DGB-Bildungswerk e.V.
Nord-Süd-Netz

C92-339

INHALT

Einleitung

4

Milton Friedman:
„Neid – als Forderung
nach sozialer Gerechtig-
keit getarnt“

7



Das chilenische Modell
oder die
„stille Revolution“

9



Nur noch wenig Staat
mit dem Staat
zu machen?

13

21 Licht am Ende des
Tunnels?



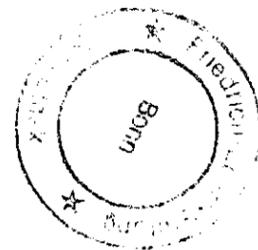
27 Bush-Initiative:
„Die Amerikas sind
unser gemeinsames
Vaterland“



31 Mercosur:
„Modell rein unterneh-
merischer Integration?“



35 Gewerkschaften:
Repression und
ungewisse Zukunft

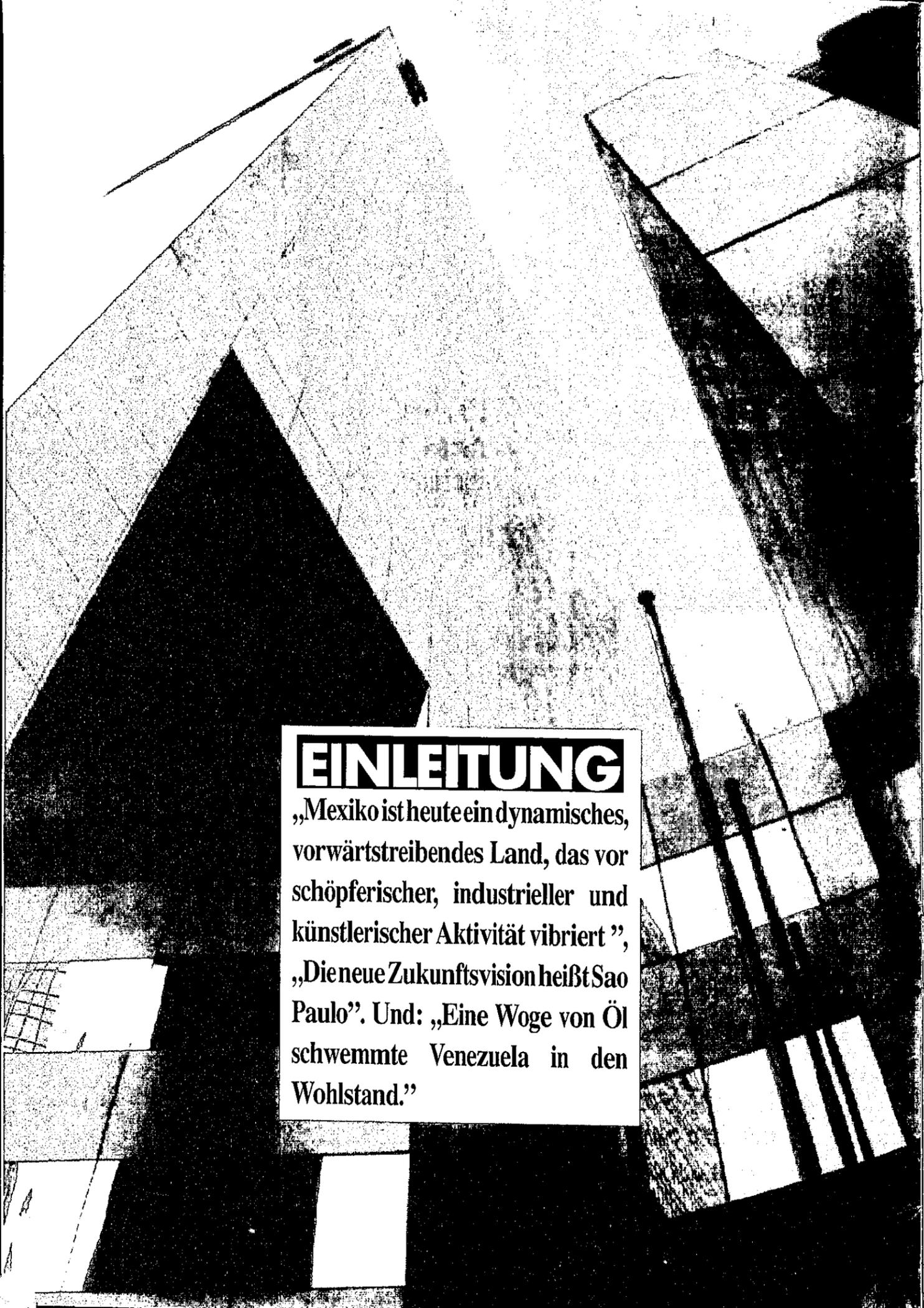


C92-339



Impressum
DGB-Bildungswerk e.V.
Nord-Süd-Netz
Autor:
Karl-Ludolf Hübener
Redaktion:
Werner Oesterheld
Postfach 2601
4000 Düsseldorf 1
Düsseldorf 2. Auflage 10/1991
Druck:
Druckwerkstatt Hafen GmbH
Münster *druckwerkstatt*

Diese Broschüre wurde auf
umweltfreundlichem, garantiert
chlorfreiem Papier gedruckt.
Im Bleichprozeß wird statt Chlor
Wasserstoffperoxid eingesetzt.
Damit entstehen keine hoch-
toxischen CKW(Chlorkohlenwasser-
stoff)-haltigen Abwässer.



EINLEITUNG

„Mexiko ist heute ein dynamisches, vorwärtstreibendes Land, das vor schöpferischer, industrieller und künstlerischer Aktivität vibriert“, „Die neue Zukunftsvision heißt Sao Paulo“. Und: „Eine Woge von Öl schwemmte Venezuela in den Wohlstand.“

Z

itate, fast vergessen, stammen sie doch aus den 60er und 70er Jahren Lateinamerika galt damals als ein Kontinent im Aufbruch, als Kontinent der Zukunft.

Heute ist vom „verlorenen Jahrzehnt“ die Rede. Dynamik demonstrieren allein die Schulden: Resigniert schrieb die brasilianische Zeitung „Jornal da Tarde“: „Im allgemeinen sehen die reichsten Länder im heutigen Lateinamerika nur noch einen insolventen, unredlichen und widerwilligen Schuldner.“ Zweifellos ist die Stellung Lateinamerikas in der Weltwirtschaft schwächer geworden. Lateinamerika droht an den Rand des Weltgeschehens gedrückt zu werden:

- Rohstoffe und Produkte aus der Region sind immer weniger gefragt.
- Die technologische Lücke vermindert die Konkurrenzfähigkeit.
- Angesichts neuer Technologien zieht billige Arbeitskraft immer weniger Auslandskapital an.
- Die Wachstumsraten der Wirtschaft klettern kaum noch über ein Prozent.
- Die Inflationsrate ist im Durchschnitt vierstellig.
- Die drückende 430 Milliarden-Dollar-Schuld blutet den Subkontinent finanziell aus.
- Die Schulden sind in den letzten zehn Jahren weiter gestiegen: um 110 Milliarden Dollar.

Eine nie vorher gekannte soziale Schuld habe sich zudem aufgehäuft, stellte Luis Anderson, Generalsekretär der ORIT - „Organizacion Regional Interamericana del Trabajo“/Regionalorganisation des IBFG - fest: „Diese Schuld zeigt sich auf so anschauliche wie brutale Weise in der Existenz von 170 Millionen Menschen, die in extremer Armut und Misere leben.“

- Die Reallöhne sind auf den Stand der 60er Jahre gesunken.
- Die Ausgaben für Erziehung, Gesundheit und Soziales sind bis zu 70 % zusammengestrichen worden.
- Die Kindersterblichkeit ist auf 55 pro Tausend gestiegen.
- 55 % aller Schulpflichtigen brechen vor der Abschlußprüfung den Unterricht ab.

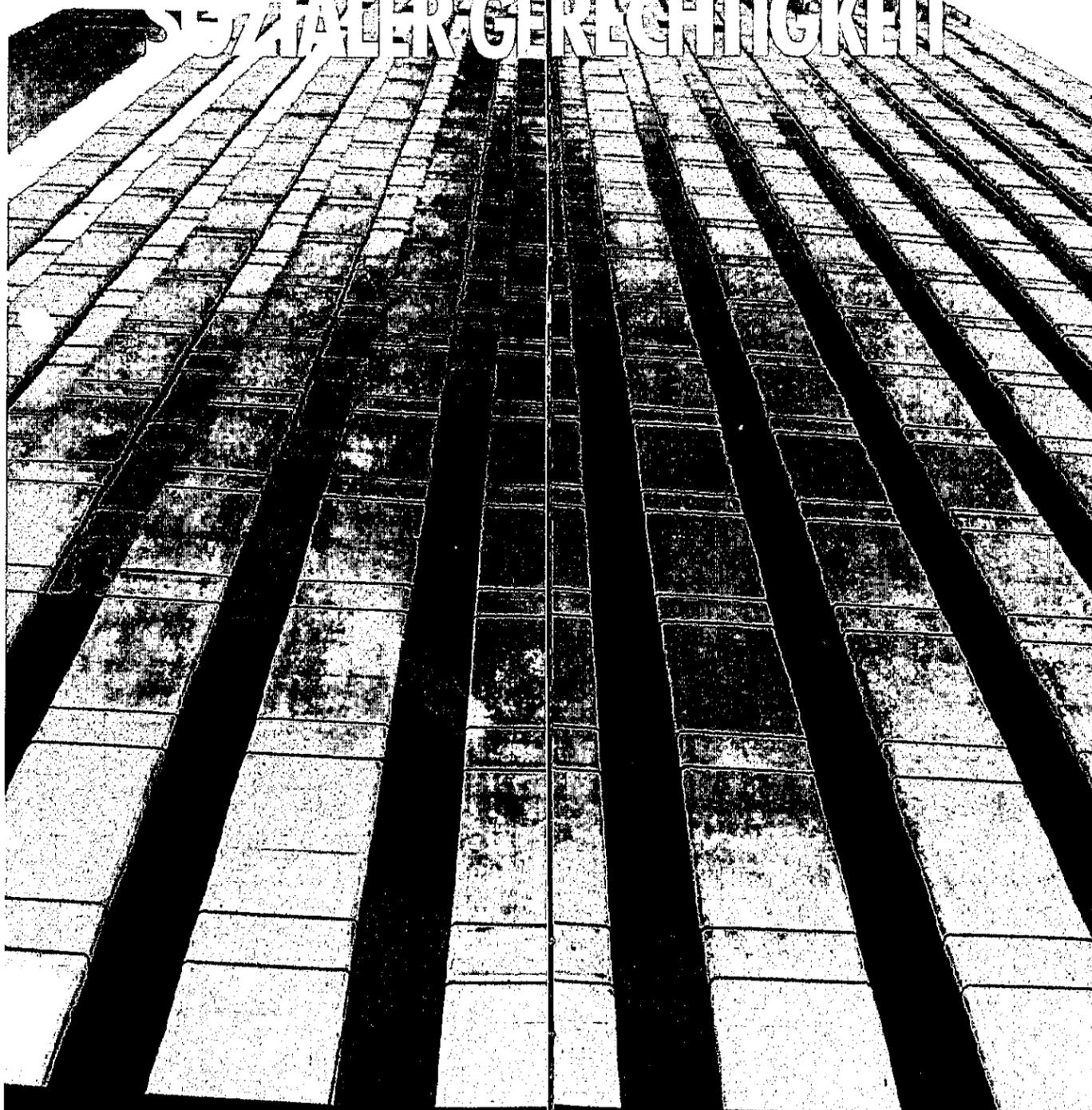
Und dennoch wird „Licht am Ende des Tunnels“ verheißen. Wenn Lateinamerika endlich ohne Wenn und Aber die Freiheit des Marktes einführen würde! „In dieser Freiheit wird der wirtschaftlich Stärkste überleben und das ist kein anderer als das große nationale und internationale Kapital“, ist sich Alberto Melgarejo von der uruguayischen Gewerkschaftszentrale PIT-CNT sicher: „Das heißt Verlust von Arbeitsplätzen, größere soziale Marginalität, geringere Gehälter, Renten und Pensionen, weniger soziale Sicherheit und Vorsorge, weniger nationale Unabhängigkeit, Verschlechterung der Arbeitsgesetzgebung und mehr Repression bei sozialen Konflikten, die durch Armut verursacht werden.“

Die Ausnahme sei Chile, dort werde Wachstum verzeichnet. Das vielzitierte und -beschriebene „chilenische Wunder“ gibt das Stichwort für das Thema neoliberale Wirtschaftspolitik.

Als Monetarist machte er sich einen Namen: Milton Friedman aus den USA. 1976 erhielt er den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. Noch bekannter und wohl auch anrüchiger wurde er als Berater von Margaret Thatcher, Ronald Reagan und vor allen Dingen von Augusto Pinochet, Chiles Ex-Diktator. Seine neoliberalen Ideen haben das sogenannte chilenische Modell weitgehend geprägt. Als „Chicago-Boys“ gingen seine Zöglinge in die Wirtschaftsgeschichte des Andenlandes ein.

MILTON FRIEDMAN:

„NEID – ALS FORDERUNG NACH SOZIALER GERECHTIGKEIT“



BANCO DO BRASIL

Foto: Fridhelm Griepentrog/SURPRESS

Das Hauptanliegen seiner Chicago-Schule sei - so Friedman - „größere individuelle Freiheit beziehungsweise weniger Regierungseinmischung in die persönlichen Angelegenheiten der Menschen“ zu erreichen. Wie andere Neoliberale kämpft er vehement gegen Eingriffe des Staates in die Wirtschaft. Staatsunternehmen sind ihm ein Greuel. Politiker griffen zwar wohlmeinend, aber ohne Sachkenntnis ein. Eine Regierung sollte sich demnach darauf beschränken, gewisse Grundfunktionen auszuüben - wie „für Gesetz und Ordnung im Inneren sorgen, für die nationale Verteidigung nach außen und eine stabile Währung. Wenn die Regierung dies täte und zwar gut, dann könne man eine laissez-faire-Politik auf wirtschaftlichem Gebiet verfolgen.“

Alles dreht sich um den Unternehmer, der Arbeiter wird dagegen kaum einmal erwähnt. Daß diese auf der sozialen Strecke bleiben könnten, scheint Friedman nicht sonderlich zu berühren - wie auch nicht die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit. „In der Praxis spielt wohl auch Neid eine Rolle, der zumeist als Forderung nach sozialer Gerechtigkeit getarnt wird.“

In der neoliberalen Wirtschaft gebe es - so Friedman - eine „natürliche Unterbeschäftigungsrate“. Oder wie ihn das „Handelsblatt“ in einer Geburtstagslaudatio interpretierte: „Armut kann nur durch die Entfaltung einer freien Unternehmenswirtschaft zum Verschwinden gebracht werden. Auf dem Markt ist nicht nur jeder seines Glückes Schmied, Märkte sind gleichzeitig auch ein System der Erhöhung der allgemeinen Wohlfahrt, das bisher durch keine andere Organisation des Lebens übertroffen worden ist.“

Zeit lebens hat Friedman gegen den Wohlfahrtsstaat polemisiert. Dieser schwäche nur die Selbstverantwortung des einzelnen. Deshalb lief er auch gegen die „gesellschaftliche Verantwortung des Unternehmers“ Sturm. Das „Handelsblatt“: „Seiner Meinung nach nimmt ein Vorstand, der mit sozialen Argumenten Geld ausgibt, anderen diese Mittel weg - entweder den Aktionären in Form niedrigerer Dividenden oder den Arbeitern in Form geringerer Löhne oder den Konsumenten in Form höherer Preise. Wer wohlätig sein will, dem steht dies frei - aber nur mit seinem eigenen Gelde.“

Für Entwicklungsländer hat er kein anderes Rezept parat. Dort müßten nur „Energien von Millionen fähiger und starker Menschen befreit werden. Die Individuen sollten in einer Umgebung der Freiheit, optimaler Bedingungen und Anreize experimentieren können. In einer Umgebung, in der es tatsächlich Erfolg und Mißerfolg gibt, kurzum auf einem freien und starken kapitalistischen Staat.“ Und: „Ein Entwicklungsland hat eine Chance zu wirklicher Entwicklung, wenn es sich für die Regeln der Marktwirtschaft entscheidet.“ Zur Not mit Gewalt, denn - so der einstige Pinochet-Berater: „Selbst in diktatorisch regierten Ländern gibt ein freier Markt den Menschen bessere Lebensmöglichkeiten als bei zentral verwalteter Wirtschaft.“

Doch wenn es um gleiche Wettbewerbschancen für Kapital und Arbeit geht, entdecken die neoliberalen Ideologen Lateinamerikas angebliche Verzerrungen - zugunsten der Gewerkschaften. Der Christdemokrat (und heutige Finanzminister) Alejandro Foxley schrieb bereits 1982: „Eine Frage schießt mir durch den Kopf, wenn man der Logik des Modells folgt: Warum kann sich denn nicht direkt der freie Markt dieser Verzerrungen annehmen, ohne daß eine Intervention des Staates notwendig ist?“

Der angeblich neutrale Staat der Neoliberalen schantzt dagegen den Unternehmen Steuervergünstigungen und -befreiungen zu und gibt die Preise frei, während er gleichzeitig die Gewerkschaften zu knebeln versucht und einen Lohnstopp verfügt. Das Ergebnis ist „eine wesentliche Verschärfung der Ungleichheiten in Wirtschaft und Gesellschaft“ (Foxley). Ein anschauliches Beispiel ist dafür Chile.

DAS CHILENISCHE MODELL ODER DIE „STILLE REVOLUTION“

Mit glänzenden Augen schilderte ein ehemaliger Wirtschaftsminister Pinochets im lateinamerikanischen Ausland die segensreiche Modernisierung auf dem Lande. Man habe einfach überlegt: Wann möchten die Menschen in Philadelphia, in Paris, in Hamburg Weintrauben auf dem Tisch haben? Wann möchten sie in einen knackigen Apfel beißen? Welches Obst fehle in bestimmten Jahreszeiten im Kühlschrank der Nordamerikaner und Europäer. In diese Lücke seien chilenische Agrarexporteur mit großem Erfolg gestoßen. Vom Tisch der Chilenen war nicht ein einziges Mal die Rede.

Foto: Jorge Ameal/PRISMA
Kleines Foto: Fridholm Griepantrog/SURPRESS



Tatsächlich - Chiles Landwirtschaft boomt! Trauben, Äpfel, Kiwis, Erdbeeren und Spargel aus dem Andenland werden in über 100 Länder dieser Welt exportiert. Früchte und Gemüsesorten, die für viele Chilenen zu teuer sind. Die neoliberale Revolution Pinochets hat Agromultis angelockt. Nicht zuletzt wegen der niedrigen Löhne. Während ein Landarbeiter in Neuseeland über 60 Dollar einsteckt, mußten sich die chilenischen Kollegen während der Diktatur mit zwei bis drei Dollar begnügen.

Die von den Chicago-Boys inspirierte „kapitalistische Revolution von oben“ - auch „stille Revolution“ genannt - privatisierte Staatsunternehmen, aber auch Universitäten, Schulen, Krankenhäuser und soziale Dienste. Seit 1985 wurden allein 24 Staatskonzerne für 1,7 Milliarden Dollar verkauft. Die Einfuhrzölle wurden radikal gesenkt - von knapp 100 auf 10 %. Fast uneingeschränkt öffnete Pinochet Chile dem internationalen Kapital.

Doch entgegen den Voraussagen und Versprechungen der Diktatur haben Billigeneinfuhren und multinationale Konkurrenz der heimische Industrie, die vor allen Dingen für den Binnenmarkt produzierte, nicht konkurrenzfähiger gemacht. Ruin, massive Zusammenbrüche und wachsende Arbeitslosigkeit waren vielmehr das Ergebnis. Doch die wirtschaftliche Modernisierung hatte absoluten Vorrang. Und das Pinochet-Regime wurde dafür belohnt: 30 % aller vom Internationalen Währungsfonds und Weltbank vergebenen Kredite gingen nach Chile.

Heute ist Chiles Wirtschaft gründlich umgekrempelt. Dienstleistungen - insbesondere im Finanzsektor - und Handel bestimmen die neue Dynamik, zu der sich die Ausfuhr von Obst, Zellulose, Holz, Fisch und von anderen nicht-traditionellen Exportprodukten gesellt. Die extreme Abhängigkeit vom Export macht das Land äußerst verwundbar.

Hohe Wachstumsraten und minimale Inflationsraten seit 1985 lassen das zeitweilige wirtschaftliche Auf und Ab - 1982 beispielsweise sank das Nationalprodukt um 20 % - vergessen. Auch der sozialistische Abgeordnete Jaime Estevez muß eingestehen: „Heute ist der öffentliche Sektor effizienter.“ Doch die neoliberalen Bewunderer Pinochets unterschlagen gerne folgende Fakten:

- Der Export von Kupfer macht immer noch über 50 % der Deviseneinkünfte aus. Entgegen allen Huldigungen an das „Spiel der freien Marktkräfte“ hütete sich Pinochet die von Salvador Allende („Kupfer ist das Gehalt Chiles“) verstaatlichte Kupferproduktion wieder zu privatisieren. Und die Kupferpreise haben Konjunktur.
- Die Landwirtschaft hätte wohl kaum geboomt, wenn der Staat den privaten Investoren nicht mit kräftigen Finanzspritzen auf die Beine geholfen hätte.
- Der neoliberale Durchbruch fußte auf tausendfachen Brutalitäten und Bestialitäten- Mord, Folter und Verschwindenlassen-, und war nur deshalb möglich, meinen nicht wenige Kritiker.
- Wilderökologischer Kahlschlag begleitet das Pinochet-Modell: Unerträglich verpestete Luft in der Hauptstadt Santiago, von Pestiziden versuchte Böden, leergefischte Meere, abgeholzte Wälder, die als Holzspäne vor allen Dingen von japanischen Multis vermarktet werden.
- Und das „chilenische Wunder“ sei nur wunderbar für diejenigen gewesen, die sich in diesem Wirtschaftssystem bereichert hätten - so der Sozialist und heutige Erziehungsminister Ricardo Lagos. Die sozialen Folgen der extrem ungerechten Verteilung: 1970 gab es in Chile 20 % Arme, heute sind es 45 %.

Fünf der zwölf Millionen Chilenen müssen heute mit Einkünften überleben, die nicht einmal den sogenannten Brotkorb der Grundbedürfnisse füllen. Fast die Hälfte aller Kinder auf dem Lande sind unterernährt. Und: Nach UNICEF-Erhebungen sind 1,5 Millionen Kinder unter 15 Jahren in ihrer physischen, mentalen und sozialen Entwicklung ernsthaft bedroht. 47 % aller Chilenen müssen auch in der Sommersaison arbeiten. Protestiert die CUT-Zeitschrift: „Union y Trabajo“: „Ferien sind Grundrecht aller Arbeiter und kein Privileg einiger weniger.“

Wenn jemand krank wird, so hängt seine Gesundheit weitgehend vom Geldbeutel ab. Die Marktgesetze, das heißt die Einkünfte des einzelnen, bestimmen letztlich, welche Ausbildung und Erziehung ein junger Chilene erfährt. Wer sich eine Privatschule oder private Krankenkasse leisten kann, ist eben besser dran.

Ähnlich verfuhr die Diktatur mit der Altersversorgung, die weitgehend privatisiert wurde. Zur Altersversorgung tragen nur noch die Arbeiter bei. Der Arbeitgeberanteil wurde mit dem Argument gestrichen, die Unternehmer könnten so bessere Löhne und Gehälter zahlen und mehr Arbeitsplätze anbieten. Das Mindesteinkommen sank in Diktaturzeiten allerdings auf 48 Dollar.

Bislang haben die chilenischen Arbeiter weit über 4 Milliarden Dollar in die Rentenkasse eingezahlt. Ein lohnendes Geschäft für die privaten Versicherer, die das Geld gewinnbringend in öffentliche Schuldverschreibungen anlegen, bei Banken deponieren und in Aktien stecken dürfen. Das Risiko ist klein, denn als die mächtige Wirtschafts- und Finanzgruppe Cruzat, die den Löwenanteil des Geschäfts mit den Alten an sich gerissen hatte, in finanzielle Schwierigkeiten geriet, nahm Pinochet die Versicherung unter staatliche Fittiche. Nachdem diese mit Steuergeldern wieder saniert war, wurde sie wieder privatisiert. Heute beherrschen drei US-Multis 65 % des Rentengeschäfts.

Für die Arbeiter war die Privatisierung alles andere als profitabel. Die Kaufkraft der Renten betrug durchschnittlich nur noch 25 % des Wertes von 1973, als die „sozialistische Mißwirtschaft“ Allendes noch nicht beseitigt war. Gestrichen hatte die Diktatur zudem die kostenlose Gesundheitsvorsorge für Rentner.

Starke Gewerkschaften wären für Pinochet ein gefährliches Hindernis gewesen. Damit Unternehmen ungehemmt schalten und walten konnten, mußten die Gewerkschaften zerschlagen werden. Die Gewerkschaftszentrale CUT, die eine lange Tradition als Arbeiterbewegung hat, wurde sofort verboten. Viele Gewerkschafter verloren ihren Arbeitsplatz. Mit Mord, Folter, Gefängnis und Verbannung wurden Gewerkschaftsfunktionäre verfolgt. Manuel Bustos, Vorsitzender der CUT: „Vor 1973 waren 31 % der 3.600.000 chilenischer Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. 1982 waren es nur noch 5,8 %. Das war gleichbedeutend mit dem Verschwinden der Gewerkschaften.“ Gewerkschaftszentralen waren verboten. „Da wir nicht für den ganzen Industriezweig auftreten konnten, mußten wir mit jedem Unternehmen einzeln verhandeln. Das hieß Tausende von kleinen Verhandlungen.“ Heute sind wieder 10 bis 12 % organisiert, die CUT ist wieder legal.

Pinochet senkte die Löhne, ließ das Arbeitstempo steigern. Die Arbeitsgesetzgebung wurde ausgehöhlt. Manuel Bustos: „Früher konnte der Unternehmer jederzeit und ohne Begründung Arbeiter entlassen. Bei Entlassung mußte der Patron höchstens bis zu fünf Monatslöhnen als Entschädigung bezahlen. Auch wenn der Arbeiter 10 Jahre beschäftigt war. Heute muß er bis zu elf Monatslöhnen zahlen.“

Ein Beispiel mag das neoliberale Wunder illustrieren: In einem Forstunternehmen im Süden Chiles arbeiteten vor dem Staatsstreich 1973 500 Arbeiter, die sich in einer Gewerkschaft organisiert hatten. Unter der Diktatur ward damit Schluß. Im Forstbetrieb verblieben gerade noch 50 Arbeiter. Bei einem Subunternehmen, das mit Saisonarbeitern handelt, wurden je nach Bedarf zusätzliche Arbeitskräfte engagiert. Wenn der Auftrag erledigt war, mußten sie gehen - ohne daß der Forstunternehmer auch nur einen Peso für soziale Sicherheit, Urlaub, Weihnachtsgeld, Aufgeld für gesundheitsschädigende Arbeit bezahlen mußte. Die gefeierte „Rationalität und Effizienz“ zeigte sich, als zwei Forstarbeiter beim Baumfällen schwer verletzt wurden. Erst nach drei Tagen wurden sie entdeckt - als Leichen. Vor Pinochet wären alle Arbeiten unterbrochen und Suchtrupps losgeschickt worden. Später hätten die Arbeiter das Unternehmen bestreikt - wegen eklatanter Mängel an minimaler Sicherheit. Unter Pinochet lief die Arbeit jedoch weiter, weil das Holz nicht länger auf den Export nach Japan warten konnte. Der Subunternehmer handelte mit den Witwen eine Entschädigung aus und zahlte den Transport der Leichen. Basta!

„Es gibt noch viel zu regeln“, unterstreicht Manuel Bustos. „ohne soziale Gerechtigkeit verdient es keine Gesellschaftsform als frei bezeichnet zu werden.“ hatte Patricio Aylwin, der im März 1990 sein Amt als erster ziviler Präsident nach Pinochet antrat, betont. Am neoliberalen Modell will der Christdemokrat allerdings festhalten. Für die Aylwin-Regierung, die vor allen Dingen von Christdemokraten und Sozialisten getragen wird, stellt sich nun die entscheidende Frage: Ist Neoliberalismus mit demokratischer Stabilität zu vereinen? Eine schnelle tiefgreifende Umverteilung, um die „soziale Schuld“ (Aylwin) zu begleichen, könnte die Unternehmer verschrecken, fürchten einige Regierungsmitglieder. Zu wenig und zu langsam könnte dagegen die soziale Unruhe schüren.

Manuel Feliú, Präsident der „Nationalen Vereinigung von Produktion und Handel, erkennt an, daß es „immer noch zu viele Chilenen mit unerfüllten Bedürfnissen gibt“, aber er versteift sich darauf, daß die Lösung nicht darin bestehen könne, „die Torte zu verteilen“. In einer seiner ersten Reden schloß sich Aylwin den Vorstellungen des mächtigen Unternehmerpräsidenten an: „Unser Nationaleinkommen, pro Einwohner gerechnet, ist niedrig. Wenn wir alles gleichmäßig unter den Chilenen verteilt, würde niemand zufriedengestellt und das Wachstum gestoppt. Um die Armut zu überwinden, müssen wir erst einmal weiter wachsen.“

11

In Chile entweichen giftige Abgase oftmals ungefiltert in die Luft. Abwässer versenken die Flüsse und das Meer. Die Küstenstadt Talcahuano gilt als eine der verschmutztesten Regionen Lateinamerikas

Foto: Humberto Montoya / Zeitungsphoto



Die privaten Transporterunternehmen stützen sich auf die lukrativen Strecken im Zentrum

WIRTSCHAFT

Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt - Nr. 18 - 3. Mai 1991

Smog wie in London

Nicht zu fällig tauchten auch in Chile Cholerafälle auf. Die neoliberale Wirtschaftspolitik unter Pinochet hat sich um Gesundheit und Umweltschutz kaum gesorgt. Jetzt will die Regierung Aylwin gegen den größten Umweltschmutz vorgehen - und stößt auf heftigen Widerstand

VON KARL-LUDWIG HÜBENER, MONTEVIDEO

Wie Kathedralen rasen sie auf. Es sind mehr als 5000 Jahre alt, die Stämme messen bis zu zehn Meter im Umfang. Doch auch die letzten Wälder der „aleros“, die im Süden Chiles wüchsig sind, bedroht, während Monumente der chilenischen Flora, zu Spanien Diktator und auf dem Weltmarkt als Anden exportiert in die Welt wie Exportartikel für seine Wälder, die Anden versetzt. Unzählbar dabei eine Umwelt. In der hängigen südlichen Hafenstadt Puerto Montt tummt sich direkt am Hafen eine halbtrockene japanische Stadt, die seit dem Zweiten Weltkrieg als Zehntel von Japan, wie dortige Fabriken zu Zellulose oder Computerpapier weiterverarbeiten. Die Holzwirtschaft ist zu einem der wichtigsten Devisenbringer Chiles geworden. Den Motorjagern sind schon große Flächen wertvoller Naturwald zum Opfer gefallen. Beim Bräuteln Raubbau hat sich besonders die japanischen Multis Marubeni und Mitsubishi hervor. Sie ersetzen arbeitsreiche Naturwald durch schnell wachsende, in die Kiefer- und Eukalyptusplantagen. In einigen Gegenden ist der Abbau von Kupfer Wasserwerkstoff und Felder verunreinigt. Die Holzwirtschaft ist der Umweltschmutz Chiles, die Mapuche-Indios, aus ihrer nabischen Umgebung. Verbote der Abholzung nutzen wenig, denn sie werden immer wieder umgangen. „Interessierte Gruppen“ legen einheimische Brände, denn laut Gesetz dürfen sie „rote Bäume“ durchfallen lassen. Wer erwirtschaftet, schält mit der linken Hand. Straße ungesichert 3400 Meter.

Die Meerestriche eine Katastrophe. Früher konnten in kleinen Küstern sechs Millionen hinausfahren, wenn sie noch etwas fangen wollen. In über 100 Lader des Welt exportiert Chile Trauben, Äpfel, Spargel und andere Obst- und Gemüse. „Jährlich den Markt. Doch gleichzeitig stieg der Import von Pflanzenschutzmitteln rapide an. Geben die Chilenen dafür 1984 nur knapp 17 Millionen Mark aus, so waren es Ende der achtziger Jahre bereits über 80 Millionen. Die Güter gelangen zudem über das Meer zum Inland. Die Folgen sind verheerend. In immer wieder Pestizidgiftunfällen sterben Menschen. Die Umweltverschmutzung hat sich auf den Obstplantagen. Die Güter gelangen zudem über das Meer zum Inland. Die Folgen sind verheerend. In immer wieder Pestizidgiftunfällen sterben Menschen. Die Umweltverschmutzung hat sich auf den Obstplantagen.

Santiago de Chile ist ein besonders trauriges Beispiel für den neoliberalen Erfolg. Seit der Hinter Mexiko-Stadt und São Paulo hat sich die chilenische Hauptstadt den Rang der drittgrößt verschmutzten Großstadt der Welt erkämpft. Oft lastet eine unendliche, graue Smogdecke über der 4,5-Millionen-Metropole über - wie ein Chromat meinte - „verwirrt sich in den besten Diktatorensystem“. Nicht selten ist von der Avenida Republica, nicht selten ist von boulevard in Chile Hauptstadt, die nur wenige Meter über Meeresspiegel liegt. San Cristobal-Berg nicht zu sehen. Es gab be-

hentlich auszuheilen. Wer allsehr auf Natur und Umweltschutz pocht, behindert eben den wirtschaftlichen Fortschritt oder muß sich den Vorwurf einer „ökologischen Gültel“, Präsidentenwahl, machen lassen. Wenn auch das Umweltbewußtsein in Chile in den letzten Jahren beachtliche Fortschritte gemacht hat, so ist es noch kein Grund für die chilenische Wirtschaft noch weiterhin die Weltwirtschaft integriert. „In der staatliche Kapitalgesellschaft CODELCO will in den nächsten Jahren 170 Millionen Mark investieren, um den Ausstoß von Schwefeldioxid und hochgiftigen Arsen-Abgasen der Kupferhütte zu reduzieren. Mineral- und Umweltschmutz liefert der japanische Metall-Unternehmen Mitsubishi - Jener Konzern, der die Wälder Chiles kaputtägt.

Kupfer ist zwar weiterhin Exportgut Nummer eins, aber die nichttraditionellen Ausfuhr bringen immer mehr Devisen ein. Mit Meerestriche hat sich Chile, das sich Pinochet unter „demer Bieten“ - während die Fischkonserven geschehen. In den Netzen zappeln 1973 nur 600 000 Tonnen Meerestriche, 1988 aber schon 6,2 Millionen Tonnen. Die Einnahmen nähern sich der Milliardengrenze. Doch über 90 Prozent verbleibt die Industrie zu Fischen zu mästen. Gleichzeitig ging der Fischkonsum der Menschen in Chile von rund sechs Kilogramm (1970) auf etwas mehr als vier auf. Die Überfischung ist detail, was die natürlichen Ökosysteme schwer geschädigt hat. Die Freiheit der Welt, geschloß sich zur neoliberalen Freiheit des Raubbaus. Große Fabrikschiffe aus Japan, der Sowjetunion und Spanien haben mit riesigen fehmenschigen Schlepptreibern die chilenischen Gewässer gründlich leer gefischt. Viele Fisch-, Meeres- und Krebsarten werden vermutlich verschwinden. Die „High-Tech“-Jagd auf Weltfische, denn sonst könnte die Bilanz

Mit dem Staat ist nur noch wenig Staat in Lateinamerika zu machen, ginge es nach dem Präsidenten Brasiliens, Fernando Collor de Mello. „Eines der größten Übel ist die Präsenz des Staates in der Wirtschaft.“ Von Mexiko bis Argentinien hagelt es Vorwürfe: der Staat sei ineffizient, defizitär, aufgebläht und korrupt. Konservative, aber auch Populisten, die wie der venezolanische Präsident Carlos Andrés Pérez oder das argentinische Staatsoberhaupt Carlos Saul Menem ihre sozialen Wahlversprechen nach dem Sieg schnell über Bord warfen, übertreffen sich in antistaatlicher Rhetorik.

Verblüffend unisono verkünden lateinamerikanische Regierungschefs und Politiker, ob christdemokratisch, sozialdemokratisch, populistisch oder konservativ eingefärbt, den Rückzug des Staates aus der Wirtschaft. Die neoliberale Privatisierungswelle ist allerdings keine lateinamerikanische Erfindung. Das „Wall Street Journal“ unterstrich in einer Analyse, daß sich die neoliberale Politik mit den Auflagen und Strukturprogramm des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank decke. Gezwungen oder freiwillig machen Regierungen und Parteien mit.

Kein Neoliberaler, der nicht die kaum zu bändigende Inflation geißelte. Bei der Ursachenforschung sind sie sich schnell einig. An den Staat würden zu viele Forderungen gestellt werden, was wiederum zu einer schiefen Haushaltslage führe. Gemeint ist stets ein Zuviel an sozialen Forderungen - „eine Übertreibung in Gesellschaften, in denen sich die Lebensbedingungen von Tag zu Tag verschlechtern, in denen weder soziale Sicherheit noch soziale Vorsorge existiert,“ so der mexikanische Soziologe Pablo González Casanova. Der renommierte US-Ökonom John Kenneth Galbraith ergänzt: „Wenn wir feststellen, daß der Staat viel mehr ausgibt, als er eigentlich dürfte, dann fragt man sich: Warum die lateinamerikanischen Länder Streitkräfte haben, wenn es doch keine Feinde gibt? Warum gibt es Argentinien so viele ineffiziente Industrien und warum bezahlen die Reichen keine Steuern. Das sind die Fragen, die wir uns stellen müssen, wir sollten uns weniger um den freien Markt sorgen.“

Tatsächlich - wenn es um Haushaltseinsparungen geht, wird nur selten die Kriegskasse der Streitkräfte angetastet. Diese hat bislang weitgehend dazu gedient, Milliarden

NUR NOCH WENIG STAAT MIT DEM STAAT ZU MACHEN?

Eine klammheimliche Ehrenrettung Augusto Pinochets, zumindest auf ökonomischen Gebiet, rollt auf Lateinamerikas zu. Das sogenannte chilenische Wirtschaftswunder fasziniert immer mehr Politiker auch in demokratisch regierten Staaten Lateinamerikas. Geblendet von hohen Wachstumszahlen und niedrigen Inflationsraten findet das neoliberale Modell immer mehr Nachahmer. Uruguays Präsident Luis Alberto Lacalle begeisterte sich nach einem Staatsbesuch in Chile: „Dort habe ich das Uruguay von morgen gesehen.“

für Waffen auszugeben und oppositionelle Parteien, Gewerkschaften und Kirchenkreise mit Folter und Mord zu verfolgen. In Lateinamerika ist der Staat noch stets stark gewesen, um die Menschen zu unterdrücken. Er zeigte sich aber stets schwach, wenn es darum ging, in die Wirtschaft einzugreifen, um die Gesellschaft zu reformieren. Uruguay verpulvert beispielsweise - so die Weltbank - mehr als doppelt so viel für seine Soldaten als für die Gesundheit der Bevölkerung. Bevor die Militärs putschten und mit ersten neoliberalen Diktaten die Wende einleiteten, war das Erziehungsbudget noch fast doppelt so groß wie der Militärhaushalt. Heute ist es nahezu umgekehrt.

Der Lebensstandard breiter Bevölkerungskreise ist auf den Stand des Jahres 1970 gesunken; Unterernährung, Krankheiten, Elendsgürtel und Analphabetentum werden nicht eingedämmt, sondern breiten sich aus. „Heute redet alle Welt von Sparsamkeit, die noch stets Austerität für die Armen war. Ich bin mit Sparsamkeit einverstanden, aber das sollte für diejenigen gelten, die das aushalten können“ (John Kenneth Galbraith).



Brasilien: Eine nicht fertiggestellte Schule im Elendsviertel Nova Iguacu bei Rio de Janeiro

Foto: Friedrich Griepentrop/SURPRESS

Noch schweisgsamer werden die neoliberalen Kritiker, wenn es um Steuererleichterungen und -befreiung sowie fette Subventionen für Unternehmen geht. Abermilliarden haben die brasilianischen Militärs, die einen starken Staatssektor aufbauten, verschwendet - bis hin zu stattlichen Finanzspritzen für die Vernichtung des Regenwaldes. Weltweit wurde das „brasilianische Wunder“ (Friedman) bewundert. Es war eben ihr Staat. Als die Auslandsschulden privater Unternehmen in zahlreichen Ländern vom Staat übernommen wurden, klagte kein Neoliberaler über Staatsinterventionismus.

Beliebtes Angriffsziel ist dagegen die Korruption, die sich zweifellos nicht bestreiten läßt. Brasiliens Präsident Fernando Collor de Mello verschaffte sich viele Sympathiepunkte mit seinem Feldzug gegen die „Maharadschas“ - öffentlichen Angestellten, die Phantasiegehälter einstreichen und kaum eine Hand rühren. Korrupte Beamte gäbe es jedoch kaum ohne Schmiergelder. Es ist ein offenes Geheimnis, daß nationale und transnationale Firmen, die um Subventionen und Staatsaufträge buhlen, erhebliche Bestechungsgelder springen lassen, um an die Pfründe des Staates zu gelangen. Werden Skandale tatsächlich einmal publik, haben zumindest die Multis ein probates Gegenmittel gegen gerichtliche Verfolgung. So kam in Venezuela vor einiger Zeit heraus, daß auch ausländische Firmen die Staatsfinanzen geplündert hatten. Die damalige Regierung hatte billige Vorzugsdollar für das Importgeschäft angeboten. Durch Überfakturierung der Importe transferierten Handels- und Finanzkapital unerlaubt Dollar in Milliardenhöhe ins Ausland. Die Konten einiger Regierungsmitglieder und Staatsbeamter füllten sich. Als die Verhaftung multinationaler Firmenvertreter drohte, konterten einige Multis: Venezuela sei für Auslandsinvestoren zu einem Risiko geworden. In Zeiten des neoliberalen Credos vom Allheilmittel der Auslandsinvestitionen eine tödliche Anklage!

Foto: Oscar Bonilla/PPRISMA



Mit ihrer Politik weise die argentinische Regierung nicht nur lateinamerikanischen Staaten den Weg, sondern auch vielen anderen Ländern, brüstete sich Argentiniens Präsident Carlos Saul Menem. Damit war die großangelegte Privatisierungswelle in Argentinien gemeint - eine Welle, die den ganzen Subkontinent erfaßt hat und von Feuerland bis an den Rio Grande Staatsunternehmen mit sich reißt. Selbst der Zoo in Buenos Aires entging diesem Schicksal nicht. „Was wir jetzt erleben“, begeisterte sich Menem, „sind die Geburtswehen eines Argentiniers, das sich in eine aussichtsreiche und glückliche Zukunft begibt.“

Glücklich werden vor allen Dingen die Käufer sein, denen viele Staatsfirmen zu Schleuderpreisen angeboten werden. Wie skandalös Staatsunternehmen verscherbelt werden, belegt der bislang größte Privatisierungscoup in Südamerika: Für die argentinische Telefongesellschaft „ENTel“ mußten die spanische „Telefonica de Espana“ und das italienisch-französische Konsortium „STET-France Cable“, nur 214 Millionen Dollar in bar herausrücken. Obwohl „ENTel“ auf über zehn Milliarden Dollar geschätzt wird, wurde der Kaufpreis auf etwas mehr als fünf Milliarden festgesetzt. Den Löwenanteil der Kaufsumme dürfen die neuen Besitzer zudem mit Schuldentiteln bezahlen. Argentinens Schuldentitel pendelten zur Zeit des Verkaufs um 14 % des Nominalwertes. Die 2,1 Milliarden Schulden „ENTels“ übernahm der Staat.

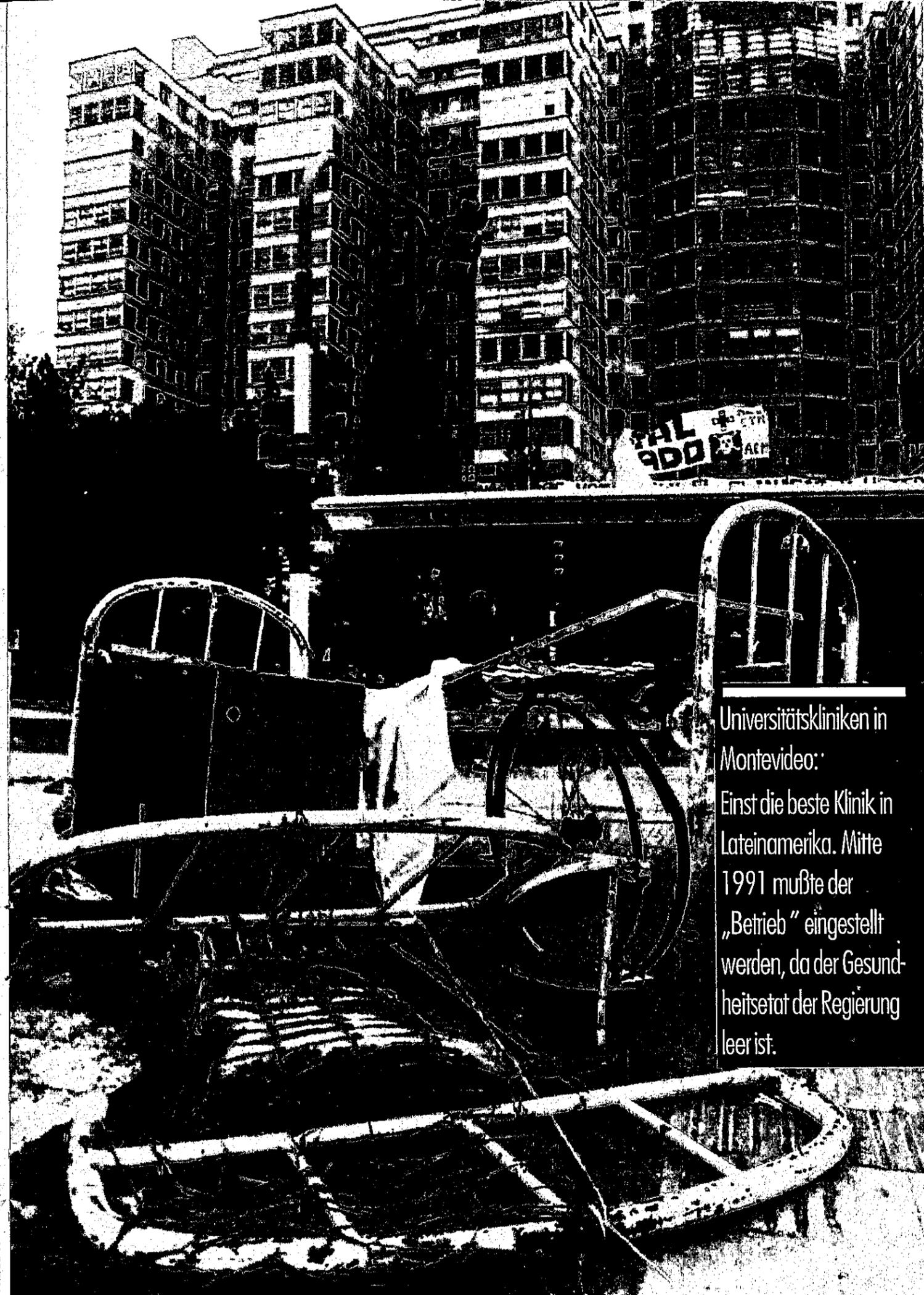
Ganz entgegen dem hohen Lied vom unternehmerischen Risiko wird den „ENTel“-Käufern auch noch eine 16-prozentige Rentabilität - jährlich etwa 500 Millionen Dollar, vertraglich zugesichert. Der Staat springt ein, wenn die Gewinnrechnung nicht aufgeht. Damit das Profitsoll erfüllt wird, hatte die von Menem eingesetzte Zwangsverwalterin „ENTels“, Maria Julia Alsogaray, die Telefentarife im Laufe der letzten Monate um über 2000% angehoben - mit einem „Kriterium von sozialer Gerechtigkeit“, wie die erzkonservative Verwalterin ohne einen Anflug von Zynismus meinte. Ein Abgeordneter, Peronist wie Menem, fragte daraufhin fassungslos: „Wenn ENTel durch entsprechende Preiserhöhungen höchst rentabel wird, wie erklären wir dann der Bevölkerung, warum wir privatisieren?“

Ähnliches gilt für die staatliche mexikanische Telefongesellschaft „Tel-mex“. Ihr Marktwert: rund 8 Milliarden Dollar. Für 1,76 Milliarden Dollar rissen die Käufer - Southwestern Bell, France Telcom und ein mexikanisches Konglomerat - die Kontrolle über Mexikos Telefongeschäft an sich. Die US-Zeitschrift „Time“ frohlockte: Eine Milliarde Gewinn pro Jahr - inklusive einer jährlichen zehnprozentigen Zuwachsrate bei den Profiten.

Dennoch heißt es landauf, landab, der Staat sei als Unternehmer gescheitert. Was freilich Menem nicht hinderte, „ENTel“, die Fluglinie „Aerolineas Argentinas“ und Teile der Eisenbahn an spanische Staatsunternehmen zu verscherbeln. Staatsunternehmen, denen nicht gerade der Ruf effizienter Firmen voraussetzt. Mit Blick auf den 500. Jahrestag der „Entdeckung“ Lateinamerikas schrieb die spanische Zeitschrift „Cambio 16“: „Spanische Unternehmen erobern erneut Lateinamerika.“

Privatinitiative, Risiko und Wettbewerb sollen die Wirtschaft modernisieren. Doch die staatlichen Monopolpakete werden nur selten aufgeschlüsselt, gehen zumeist kompakt an einen Multi oder eine Konzerngruppe über. Von den privaten Monopolen und Oligopolen ist nie die Rede, von einem Kartellrecht noch weniger. Neoliberale akzeptieren die Konzentration als natürliche Konsequenz.

Foto: Danae Latchinian/SURPRESS



Universitätskliniken in Montevideo: Einst die beste Klinik in Lateinamerika. Mitte 1991 mußte der „Betrieb“ eingestellt werden, da der Gesundheitsetat der Regierung leer ist.

Zweifellos sind in vielen Ländern Lateinamerikas die Staatsbürokratien krebbsartig gewuchert, produzieren Staatskonzerne Milliardenverluste, scheint Effizienz in manchen Vorstandsetagen ein Fremdwort zu sein. Doch viele Kritiker unterschlagen ein wichtiges Kapitel der Ursachenforschung. Da Sozialisten oder Kommunisten nicht wie in Osteuropa verantwortlich gemacht werden können, ist die linke „subversive Gefahr“ doch immer wieder rechtzeitig von den Militärs weggeputscht oder verfolgt worden, wird nun der Staat haftbar gemacht. Der Staat als anonymes, schwer faßbares, über allen schwebendes Etwas,

mit dem niemand etwas zu tun gehabt hat. Doch viele vehemente Staatskritiker-Politiker, Parteien und Unternehmer-versuchen sich damit aus der Verantwortung zu stehlen. Denn sie sind nur zu oft identisch mit denen, die den Bankrott herbeigeführt haben, notwendige Modernisierungen und Neuinvestitionen und sich stattdessen an Staatsunternehmen bereichert haben und nun die Privatisierung durchpeitschen. Sie sind nur zu oft identisch jenen, die als Regierende den Staat personell aufblähten und für die Ineffizienz mancher Staatsbetriebe direkt verantwortlich sind. Konservative Politiker haben über Jahrzehnte hinweg

Heerscharen von Familien- und Parteifreunden in den Staatsapparat geschleust. Nach Qualifikation wurde selten gefragt. So meint Daniel Martinez, Vorstandsmitglied der uruguayischen Gewerkschaftszentrale PIT-CNT: „Es ist schon paradox, daß dieselben, die den Staat durch Korruption und politische Vetternwirtschaft deformiert haben und heute alles mögliche tun, um den Staat ineffizient zu machen, zur gleichen Zeit den Staat öffentlich angreifen und Privatisierungsvorschläge machen.“ In Mexiko regiert seit Jahrzehnten die „Partei der Institutionalisierten Revolution“ (PRI), die nun auf den neo-

liberalen Zug der Zeit gesprungen ist. Generationen von PRI-Revolutionären haben den Staat als Pfründe angesehen, die milliardenschwere Korruption gefördert und ihre Anhänger in Staatsbürokratien und -unternehmen geschleust. Nicht selten war auf Direktorenposten weniger Fachkenntnis als vielmehr das Parteibuch gefragt. Nicht nur in Mexiko. Mit Pomp und Wortgetöse verstaatlichte der sozialdemokratische Präsident Venezuelas, Carlos Andres Perez in den siebziger Jahren die Erdöl- und Eisenindustrie, hievte seine Leute in den wuchernenden Staatssektor, wie auch seine christdemokratischen Nachfolger.

Heute stimmt der erneut zum Staatschef gewählte Perez in die Privatisierungshymne ein. Und manche hochrangigen Experten, die heute privatisieren wollen, waren schon dabei, als Militärdiktatoren den Staat korrumpierten und Staatsfirmen ruinierten. Ein Dutzend hochrangige Posten im Finanz- und Wirtschaftsbereich wurden in Uruguay vom Präsidenten mit Leuten aus der Zeit des Staatsterrors besetzt. Damals wurde der Schuldenberg aufgehäuft. Menems vierter Wirtschaftsminister Domingo Cavallo war unter Militärdiktatur Präsident der Zentralbank. In sage und schreibe 50 Tagen erhöhte er die private Schul-

denlast um sechs Milliarden Dollar und schuf gleichzeitig die Voraussetzung für ihre Verstaatlichung. Unzählige Unternehmer haben im Zusammenspiel mit korrupten Beamten lukrative Staatsaufträge ergattert und mit überhöhten Preisen zum Siechtum manchen Staatsunternehmens beigetragen. Da viele Staatsunternehmen finanziell ausgeblutet sind, schlagen sie sich auf die Seite der „Modernisierer“, möchten allerdings nicht das komplette neoliberale Rezept schlucken. Ein Aufschrei ging durch brasilianische Konzernetagen, als Präsident Fernando Collor de Mello verkündete, er werde den Subventionshahn zu-

Fotos: Danao Latchinian/SURPRESS



drehen, Protektionszölle senken und ausländische Konkurrenz einladen. Collor de Mello: „Unternehmer, die einen Kapitalismus ohne Wettbewerb und mit überhöhten Profit wollen, werden zusammenbrechen.“ Auch Collor de Mello will insbesondere in zwei Jahrzehnten Militärregimen aufgebauchten Staatssektor kräftig durchforsten. Populär ist die Politik des konservativen Populisten nicht unbedingt, lehnt doch eine Mehrheit der Brasilianer, wie eine Umfrage ergab, im allgemeinen Privatisierungen ab. Nicht ganz zu Unrecht. So heimste der staatliche Bergbaukonzern „Vale do Rio Doce“ von unerwarteter Seite höchstes Lob

ein. Die US-Zeitschrift „Fortune“ stellte fest, daß „Vale“ rentabler als Coca Cola und gewinnträchtiger als der Diamantenriese „De Beers Mining“ sei. Einige Staatsunternehmen in Brasilien ständen vielleicht besser da, wenn nicht Privatunternehmen subventioniert würden. Tatsächlich ist die Stahlindustrie defizitär, gibt der CUT-Vorsitzende Jair Meneguelli zu, aber: „Der Stahlkomplex in Volta Redonda verkauft sein Endprodukt zu 50 % des realen Wertes an die Automobilindustrie.“ Dem staatlichen Erdölgiganten „Petrobras“ werden die Kosten des „Proalcool“-Programms - in Brasilien fahren Mil-

lionen Autos mit Alkoholsprit - aufgebürdet. Jährliche Subvention: 600 Millionen Dollar. Adressaten sind die privaten Zuckerbarone. Das gilt auch für die Stromversorgung: Der staatlich finanzierte milliardenteure Tucuruí-Staudamm, produziert für 38 Dollar ein Megawatt Strom. In Brasilien operierende japanische Aluminium-Multis müssen jedoch nur 10 Dollar bezahlen. Eine Untersuchung hat ergeben, daß die 240 größten lateinamerikanischen Unternehmen 1988 rund 30 Milliarden Dollar Gewinn erwirtschafteten. Fast 16 Milliarden gingen auf das Konto von Staatsunternehmen! Diese verbuchten auch Milli-

ardenverluste, wie übrigens ebenso Multis und nationale Privatunternehmen. Letztere können aber immer wieder mit der Hilfe des Staates rechnen. Als in Uruguay vier Banken zusammenkrachten, fing die damalige konservative Colorado-Regierung die Finanzinstitute auf und sanierte sie mit rund 400 Millionen Dollar an Steuergeldern. Wieder auf Rentabilitätskurs gebracht, wurden sie privatisiert. Ausländische Bankmultis stiegen ein.

Um den Protest der Gewerkschaften ein wenig abzufangen, schlug die US-amerikanische „Citibank“, Hauptgläubiger in Argentinien, vor, die Arbeiter bei der Privatisierung der staatlichen Eisenbahnen Argentiniens zu beteiligen. Doch bei näherem Hinsehen entpuppte sich der Plan als Kuckucksei. Für die Kleinaktionäre waren nur defizitäre Strecken gedacht, den lukrativen Frachtverkehr sollten potentere Geldgeber dirigieren. Die Citibank hat selber Interesse angemeldet. „Wenn von privat die Rede ist“, argwöhnt Danilo Astori, führender Politiker der linken „Breiten Front“ in Uruguay, „denken sie an das große Kapital und damit sicherlich an das große Auslandskapital.“

Shopping Center in Montevideo

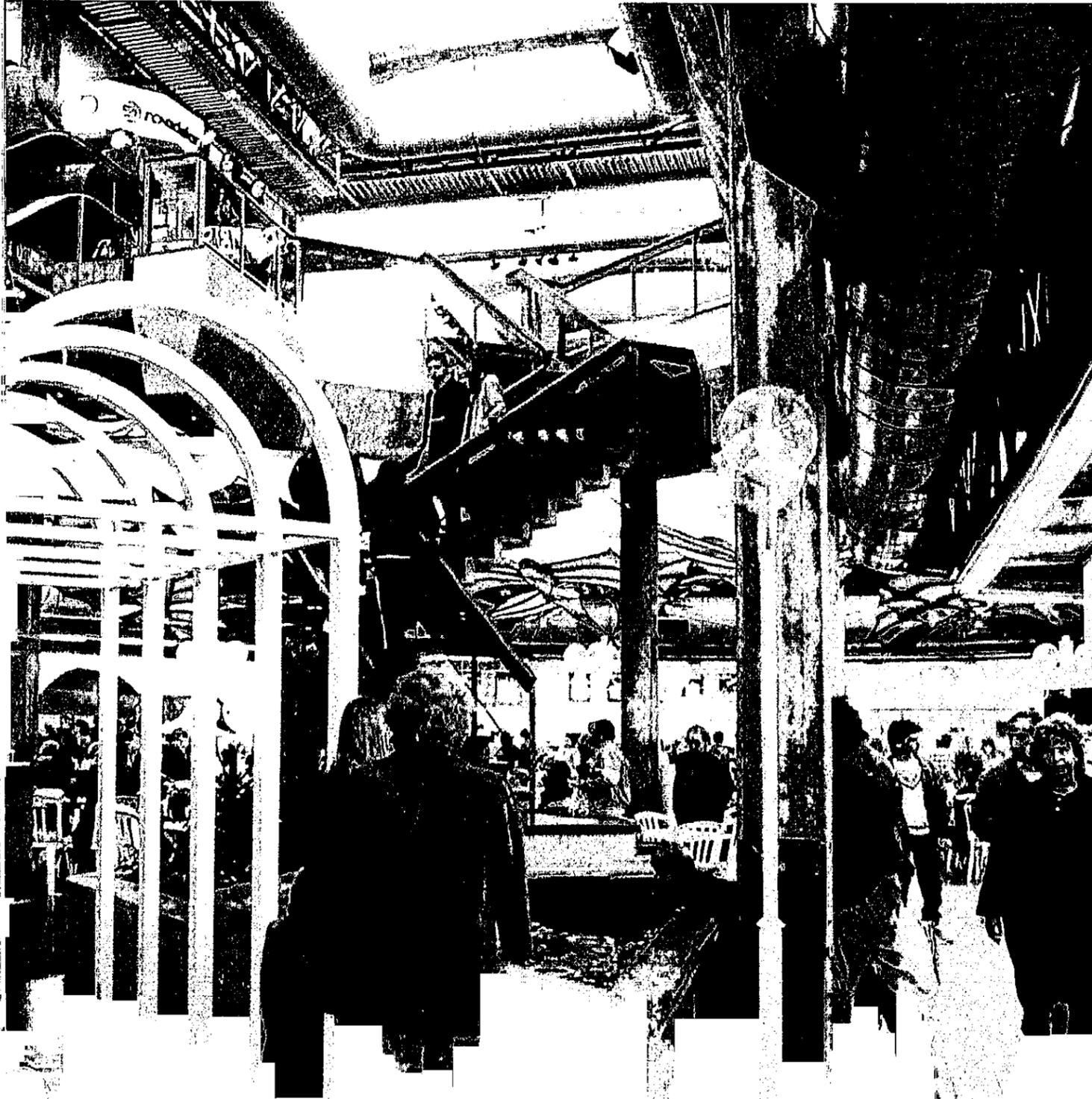


Foto: Danae Lachini/SUPPRESS



LICHT

Kapitalismus, freier Markt und vor allen Dingen Auslandskapital sollen in Lateinamerika die Wende zu einer besseren Zukunft einleiten. Als sei dieser Vorschlag etwas ganz Neues! „Unsere Unterentwicklung ist das Ergebnis von anderthalb Jahrhunderten eines abhängigen Kapitalismus“, so Luis Maira, Vizepräsident der Sozialistischen Partei Chiles. Und der Verweis auf das osteuropäische Desaster, von lateinamerikanischen Neoliberalen gerne zitiert, verfängt nicht unbedingt: „Wenn schon der Kommunismus im Osten gescheitert ist, was sollen wir dann erst über den Kapitalismus in Lateinamerika sagen. Dieser weist schlimmere soziale und wirtschaftliche Indikatoren als jedes Regime in Osteuropa auf“

(James Petras, US-Soziologe und Lateinamerika-Spezialist).



Foto: Danae Latchiniari/SURPRESS

Liebe Damen und Herren,
Wir sind auf die Straße gesetzt mit zehn Kindern, ich bitte Sie um Hilfe, was immer es auch sein mag, wir sind Ihnen dankbar. ■

AM ENDE DES TUNNELS?

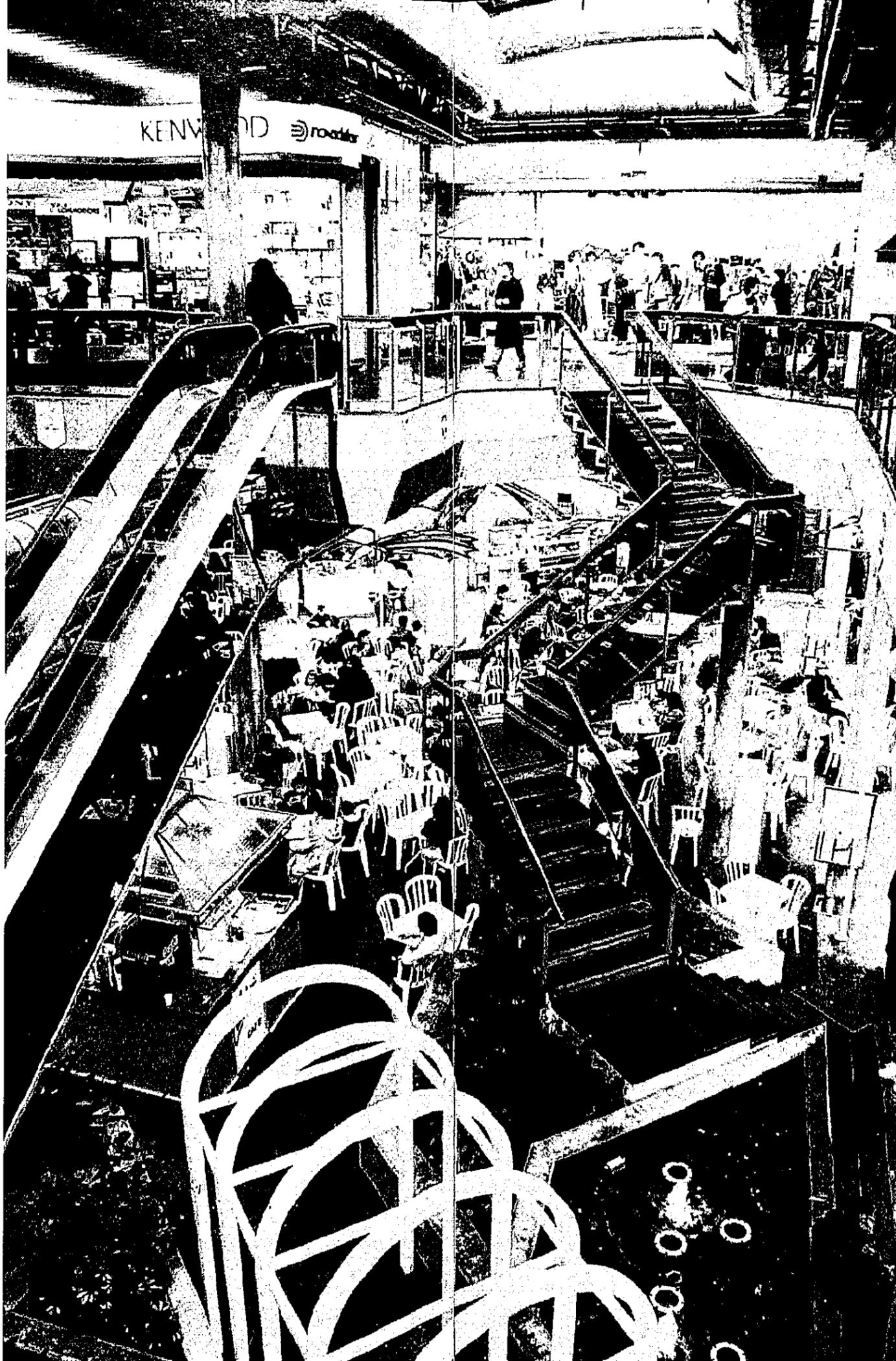
Die US-Zeitschrift „Time“ bezweifelte in einer Untersuchung über die weltweite Privatisierungswelle, wohl zu Recht, ob das gewünschte Privatisierungsgeschäft überhaupt realisierbar und finanzierbar ist. Weltweit würden staatliche Produktionsanlagen und Dienstleistungen im Werte von Hunderten von Milliarden Dollar angeboten. Die finanziellen Ressourcen des Privatsektors und der Banken würden dafür gar nicht ausreichen. Außerdem warnt das US-Magazin vor den politischen Risiken einer großangelegten Privatisierung: Privatisierungen garantierten „zumindest zeitweilig höhere Arbeitslosigkeit in Gesellschaften, in denen schon Millionen ohne Arbeit sind. Öffentliche Unternehmen neigen dazu, viele Menschen zu beschäftigen. Die privaten Käufer ordnen dagegen als erste Geschäftsmaßnahme Entlassungen an. Aber selbst wenn Arbeiter ihren Job behalten, müssen sie oft mit reduzierten Löhnen weitermachen. Wenn der Schmerz zu groß wird, droht eine heftige Reaktion.“

Wahrscheinlicher ist, daß die Multis sich die Rosinen herauspicken oder wie der mexikanische Präsident Salinas de Gortari unumwunden zugab: „Nur Unternehmen, die Profit versprechen, werden verkauft.“ In einem Beratungspapier für Investoren schrieb die „Bank of Boston“: „Das Kapital sucht Unternehmen, die auf den Export ausgerichtet sind, aber vor allen Dingen suchen sie den Extraprofit, der sich durch den Erwerb von Produktionsgütern und Dienstleistungen zu niedrigen Preisen herausziehen läßt.“

Die Multis haben insbesondere den Dienstleistungssektor (u.a. Banken, Versicherungen, (Tele-)Kommunikation, Tourismus, Transport und Verkehr) im Visier. Dienstleistungen versprechen größere Renditen als Stahlwerke. Nicht von ungefähr wurden die Telefongesellschaften Argentiniens und Mexikos schnell verkauft. Die USA und die Bundesrepublik sind längst Dienstleistungsgesellschaften geworden. Der Dienstleistungssektor ist in den Industrieländern zum größten Arbeitgeber aufgestiegen. „Die amerikanischen Exporte von Dienstleistungen nahmen in den vergangenen zehn Jahren um 150 % zu“, streicht der „Amerika-Dienst“ der Bonner US-Botschaft heraus. Was die führenden Industriestaaten im Agrarbereich zum Nachteil der Entwicklungsländer immer wieder verhindern, soll dagegen für Dienstleistungen gelten: „Öffnung der Weltmärkte im größtmöglichen Umfang“ und keine „restriktiven Bestimmungen für ausländische Dienstleistungen und deren Anbieter“.

Vor Illusionen warnt der ORIT-Generalsekretär Luis Anderson bei der ultraliberalen Jagd nach Multi-Investitionen. Wenn die internationalen Konzerne „auch bessere Löhne, bei besseren Arbeitsbedingungen, zahlen, so entwickeln sie doch Investitionen und Aktivitäten, die uns in Abhängigkeit halten, weil es keine interne Akkumulation des Reichtums gibt, die sich im permanente und strukturelle Produktivinvestitionen umsetzen. Das sind nur Konjunkturen, die jederzeit in Kapitalflucht umschlagen kann - abgesehen von den ständigen Gewinntransfers in die Länder des Zentrums.“

Obwohl nur eine Minderheit von den Segnungen der Modernisierung und Privatisierung profitieren wird, versuchen die neoliberalen Regierungschefs Lateinamerikas insbesondere den Armen einzureden, mit ihnen ginge es nach einer harten, aber unvermeidlichen Durststrecke wieder aufwärts. Ein Blick auf neoliberale Erfahrungen beweist das Gegenteil. Die Beispiele Großbritannien und USA, wo Margaret Thatcher und Ronald Reagan kräftig entstaatlicht haben, zeigten, so der US-Ökonom John Kenneth Galbraith: „Die Armen sind in den USA arm geblieben, ihre Zahl hat noch zugenommen. Währenddessen haben sich die Einkommen der Reichen erhöht. Die Lebensbedingungen in den großen Städten sind eine Schande. Es gibt Wohnprobleme, die Situation verschlimmert sich weiter. Viele Bürger haben kein Dach über den Kopf, ihre Einkommen sind sehr niedrig. Die Schulen sind ebenso miserabel und viele Schüler versuchen zeitweise mit Hilfe von Drogen der Wirklichkeit zu entfliehen.“



In Lateinamerika, wo die sozialen Gegensätze erheblich schärfer sind, dürften diese Rezepte katastrophale Konsequenzen heraufbeschwören. Von den immer wiederkehrenden Versprechen und Floskeln vom „Licht am Ende des Tunnels“ und „Durchsickern des Reichtums“ hat der Vorsitzende des größten brasilianischen Gewerkschaftsdachverbandes CUT, Jair Meneguelli, jedenfalls genug: „Sie sollten uns nicht noch einmal erzählen, wir müßten warten, bis der Kuchen größer geworden ist.“

Bereits die bisherige Anpassungspolitik mit neoliberalen Grundmustern wurde mit dem Niedergang des Bruttosozialprodukts bezahlt - außerdem mit einem beständig sinkenden Lebensstandard der Armen, während die Reichen ihren Lebensstandard halten, teilweise gar noch steigern. Alain Tourraine, französischer Politologe und Lateinamerika-Spezialist, hat beobachtet: „Die früher als „Marginalisierte“ bezeichnet wurden, sind zur Mehrheit in vielen Ländern geworden. Selbst die Mittelklasse verarmt. Das heißt nichts anderes, als daß die soziale Ungleichheit zugenommen hat.“

Wegweisende Pläne hat Argentiniens Präsident auch für die Eisenbahnen in der Schublade. Profitträchtige Strecken werden privatisiert, unrentable Schienenstränge stillgelegt und ganze Regionen von einem preisgünstigen Fortkommen abgenabelt. In einer Zeitungsanzeige protestierte die linke Opposition: „Mit den Zügen, die abgeschafft werden sollen, reisen jährlich drei Millionen Menschen, die zumeist aus den ärmsten Schichten der Bevölkerung stammen.“ Doch Carlos Saul Menem bleibt neoliberal unnachgiebig. Auch „tausend Streiks“ könnten ihn nicht von seiner Politik abbringen.

Nur noch eine untergeordnete Rolle spielen soziale Aspekte im Privatisierungstaumel. In Argentinien ist Telefonieren zum Luxus geworden. Ein neuer Apparat kostet inzwischen über tausend Dollar. Staatliche Defizite werden auf Kosten von Arbeitern und Angestellten verringert, sie werden „in den privaten Sektor überführt“ (Menem). In einem Privatsektor, in dem die Arbeitslosigkeit immer größer wird. Favelas, Cantegriles oder Ranchos, wie die Elendsviertel heißen, werden sich weiter ausdehnen. Die Kluft zwischen Arm und Reich hat sich erheblich erweitert.

In den öffentlichen Haushalten muß gemäß den Auflagen das Haushaltsdefizit beseitigt werden. Der Rotstift setzt vor allen Dingen bei den Etats für Soziale und Gesundheit an. Versuchte Abwässer und Müllberge dehnen sich in den wachsenden ärmeren Vierteln der lateinamerikanischen Städte aus, weil für Kanalisation und Abfallbeseitigung kein Geld mehr da. Die Cholera-Epidemie, die sich immer weiter ausbreitet, hat in neoliberaler Politik ihren besten Verbündeten.

Nichts zu befürchten haben dagegen die 20 bis 30 % Lateinamerikaner, die von der Modernisierung profitieren werden. Daß auf ihren wachsenden Wohlstand vertraut wird, demonstriert nichts anschaulicher, als der Bauboom bei den Shopping Centern. In diesen bewachten Festungen des Luxus sind die Reichen unter sich. Dort können sie zwischen Edelsteinen und importierten Weinen, die so viel wie der Mindestlohn eines brasilianischen Arbeiters kosten, wählen. Der Händler Edgardo Skidelsky macht im luxuriösen „Patio Bullrich“ in Buenos Aires glänzende Geschäfte: „Die Senora kann hier ihre Rolex tragen wie ihren Pelz. Sie hat hier keine Probleme mit der Sicherheit. Sie kann sich in mindestens hundert Geschäften umsehen. Wunderschöne Auslagen, dazu ein gepflegtes, sehr gut gekleidetes Publikum. Sie kann eine Toilette aufsuchen, um sich die Hände zu waschen. Jemand wird ihr das Papier zum Trocknen reichen. Es gibt keinen Gestank. Niemand wird sie anbetteln. Sie wird schließlich glauben, daß es keine Armut gibt.“

„Kultur wird in unseren Ländern immer mehr zu einem Luxusartikel für einige wenige“, klagt der bekannte uruguayische Autor Eduardo Galeano. Ob in Lateinamerika, Afrika oder in Asien, der Rotstift wütet in Kulturetats, die ohnehin nur winzige Bruchteile des Haushaltsbudgets ausmachen. Schuldendiktate und damit einhergehende neoliberale Politik strangulieren außerdem den Erziehungssektor in den Entwicklungsländern.

Das Analphabetentum nimmt zu, Universitäten bluten finanziell aus. Gedrucktes wird zum Privileg der Bessergestellten. Theater müs-

sen schließen, über die Leinwand flimmern immer seltener heimische filmische Kunstwerke. Wo Schulden erdrücken und die „Diktatur des Marktes“ (Galeano) herrscht, steht die kulturelle Entwicklung ganzer Nationen auf dem Spiel.

Glatt halbiert worden ist die Filmproduktion in einigen klassischen Ländern der Leinwandkunst. So in Brasilien und Mexiko. In Argentinien, das in den letzten sechs Jahren über 300 internationale Preise einheimste, ist der Niedergang besonders schlimm, so daß ein Filmkritiker meinte: „Unseren Film gibt es praktisch nicht mehr, weshalb es auch keine Krise gibt.“ Viele Länder dienen nur noch als Kulisse für Hollywood-Produktionen.

Drastisch zurückgegangen sind insgesamt die Besucherzahlen. Beispielsweise verkauften die Filmtheater 1985 in Argentinien noch rund 60 Millionen Eintrittskarten, 1988 waren es nur noch 23 Millionen. Drei, vier oder fünf Mark für zwei Stunden sind einfach zu viel für einen Facharbeiter, der monatlich mit 200 bis 400 Mark auskommen muß, werden zu unerschwinglichem Luxus für Menschen, deren Mindestlohn zwischen 40 und 80 Mark schwankt.

Ähnliches gilt für Zeitungen und Zeitschriften. In Uruguay kostet eine Tageszeitung mehr als eine Mark. Ein Facharbeiter müßte schon ein Zehntel seines Lohns opfern, wenn er sich regelmäßig informieren wollte.

Die verheerende wirtschaftliche Lage hat auch dramatisch auf den Buchmarkt durchgeschlagen. „Früher kamen die Leute in meine Buchhandlung und erkundigten sich nach der neuesten Erzählung eines berühmten Autors. Heute fragen sie nur noch, ob ich ein gebrauchtes Exemplar desselben Schriftstellers habe.“ klagt der Buchhändler Mario Ferreira aus Buenos Aires. Auf dem traditionellen sonntäglichen Flohmarkt Tristan Narvaja in Montevideo haben sich Bücherstände über einen ganzen Straßenzug ausgedehnt. Gabriel Garcia Marquez, Mario Benedetti, Krimis, Medizinfachbücher - alles „second hand“. Die Kleinen müssen sich von lieb gewonnenen Märchen und Erzählungen trennen, wollen sie in neuen Büchern blättern. Nur noch wenige Kinder können sich ihre „Bibliothek“ leisten, Tausch und gebrauchte Werke sind auch für sie zu einem Begriff geworden.

„Heute werden die Bücher von den Preisen verboten“, meint Eduardo Galeano: Als während der Militärdiktaturen Bücher auf den Index gesetzt wurden, hätten sich die Intellektuellen in aller Welt empört, „niemals protestieren sie jedoch gegen diese andere Zensur, eine strukturelle Zensur, die geräuschlos ist, aber noch größeren Schaden anrichtet.“

„In Lateinamerika erleben wir einen Prozeß, der zum Problem des nächsten Jahrzehnts werden wird: Der Staat verwaltet und kontrolliert immer weniger und hat jedes Mal weniger Mittel, um seine Funktionen auszuüben“, fürchtet der Christdemokrat und ehemalige Präsident Ekuadors Osvaldo Hurtado. Je mehr strategische Sektoren und Unternehmen dem privaten Gewinnspiel überlassen werden, desto mehr wird staatliche Entwicklungspolitik eingeeignet. Privatisierte Rohstoffkonzerne spielen auf den Weltmarktpreis und nicht auf den staatlichen Kassenstand. Privatbanken sehen ihr Geschäft nicht gerade in der zinsgünstigen Kreditvergabe an Kleinbauern.

Doch der neoliberale Angriff zielt über die Wirtschaft hinaus. Zwar haben sich auch Konservative und Neoliberale für eine Demokratisierung eingesetzt - „allerdings ohne etwas in Richtung Arbeit, Eigentum oder Mehrwert zu konzedieren“ (Casanova). Forderungen nach partizipativen Strukturen, einer Überwindung der formalen Wahlurnen-Demokratie und damit eine breitere Beteiligung an den Entscheidungen werden heftig abgewehrt, würden sie die „wirtschaftliche Freiheit“ (einger weniger) doch einschränken. Unternehmerfreiheit wird so zur Bedingung für politische Freiheit, Demokratie und Kapitalismus werden identisch. Die argentinische Zeitung „pagina 12“ meldete, daß die neuen Sicherheitskräfte in Panama von den Besatzern in „Demokratie und Kapitalismus“ unterrichtet würden.

Wer dem Privatkapital da noch Zügel anlegen will, könnte in der antidemokratischen Ecke landen. Das Santa-Fé II-Papier, in dem rechtskonservative Republikaner für die Bush-Regierung eine „Strategie für Lateinamerika in den neunziger Jahren“ formuliert haben, empfiehlt: „Die USA sollten bei Regierungen, die ein demokratisches Regime schaffen wollen, die Notwendigkeit zur Zügelung antidemokratischer Parteien anerkennen.“ Aus dieser Ecke stammt auch die Idee von den „permanenten Regierungen“, die keiner Abstimmung unterliegen: Militär, Polizei und Justiz.

Der sozialen und wirtschaftlichen Initiativen beraubt, transnationalisiert, von permanenten Regierungen eingezwängt, werden Regierungen so zu Vollstreckern fremdbestimmter Politik. Neoliberale Demokratie ist nichts anderes als eingeschränkte Demokratie sie ist die Negation von Unabhängigkeit und Souveränität. In ihr können sich weder sozialistische Veränderungen noch reformerische Entwicklungspolitik entfalten.

Vor der 9. Blockfreien-Konferenz in Belgrad warnte der damalige peruanische Präsident Alan Garcia vor den Folgen des neoliberalen Rausches: „Der Neoliberalismus strebt danach den Nationalstaat in den armen Ländern zu zerstören. Aber wir sollten auf dieses Spiel nicht hereinfallen. Damit möchte ich keineswegs unproduktive und bürokratische Organisationsformen verteidigen. Aber angesichts der weltweiten Hegemonie der neoliberalen Theorie sollten wir, die Länder des Südens, den Staat als nationalen Ausdruck, als Fähigkeit zum Lenken, als ein Zentrum des Widerstands gegen neoliberale Thesen verteidigen. Ideologische Blockfreiheit ist heutzutage grundlegend, bedeutet Verteidigung der Eigenheit aller Völker und ihres Staates. Es ist überdeutlich, daß der Neoliberalismus zur Ideologie der nördlichen Staaten geworden ist. Wenn die liberale Idee einst ein Faktor von Fortschritt und treibende Kraft für Lateinamerikas Unabhängigkeit war, so ist der Neoliberalismus heute die Staatsideologie der mächtigsten Nationen. Es ist eine autoritäre Ideologie, die den Nationen auferlegt wird. Dabei stellt sie nicht einmal überall den Staat in Frage, sondern nur im Süden. Unter dem Vorwand der Entbürokratisierung und der Effizienz soll der Staat zerstört werden, um allen Widerstand gegen die Hegemonie des Nordens auf dem Weltmarkt zu brechen. Ideologische Blockfreiheit muß deshalb den Staat neu definieren, aber seine Existenz in unseren Ländern verteidigen.“

Eduardo Galeano
offenen Adern
Lateinamerikas
Die Geschichte eines Kontinents
1. der Entdeckung bis zur Gegenwart
Hammer
weiterte Neuauflage



Foto: Danae Latchina/SURPRESS





Mit seiner am 27. Juni 1990 präsentierten „Initiative für die Amerikas“, einer Freihandelszone von Alaska bis Feuerland, die bis zur Jahrtausendwende verwirklicht werden soll, hatte US-Präsident George Bush bei zahlreichen lateinamerikanischen Regierungschefs Begeisterung hervorgerufen, sprach er doch drei wichtige Aspekte an: Ausweitung des Freihandels, Förderung von (Auslands-) Investitionen und Erleichterung bei den Auslandsschulden. Bush: „Die Amerikas sind unser gemeinsames Vaterland.“ Nicht gerade wenige Regierungschefs begeisterten sich für die „historische Chance“. Kein Wunder. Wie kaum zuvor in der Geschichte Südamerikas sind diese Länder „von pro-nordamerikanischen Präsidenten regiert. Diese verteidigen das freie Unternehmertum, propagieren außerdem Auslandsinvestitionen und die Privatisierung ineffizienter staatlicher Firmen“ - registrierte die regierungsnahе uruguayische Tageszeitung „El Pais“.

Foto: Oscar Bonilla/PRISMA

BUSH-INITIATIVE:

„DIE AMERIKAS SIND UNSER GEMEINSAMES VATERLAND“

Doch die konkreten Zahlen im Initiativen-Paket ernüchtern schnell. Der Tenor der Kritiken reichte von „mangelhaft“ bis „lächerlich“. Tatsächlich ist es nicht einmal ein Tropfen auf dem heißen Stein. Von den erdrückenden insgesamt rund 400 Milliarden Dollar Schulden bei Privatbanken ist nicht die Rede. Nur sieben Milliarden der insgesamt zwölf Milliarden Schulden Südamerikas bei der US-Regierung will der Chef des Weißen Hauses erlassen. Brasilien, das mit über 120 Milliarden Dollar in der Kreide steht, kann mit rund einer Milliarde rechnen. Zum Vergleich: Fast 180 Milliarden Dollar Schuldendienst hat die krisengeplagte Region allein seit 1982 überwiesen - nicht zuletzt auch an US-Banken. Bis 1992 werden es nach Berechnungen der UN-Kommission für Lateinamerika (CEPAL) gar 300 Milliarden Dollar sein.

Die Erwartungshaltung in der südlichen Hemisphäre habe ihn nicht überrascht, meinte David Mulford. Doch so einfach sei das nicht, mahnte der US-Unterstaatssekretär, schließlich vergäßen die Adressaten der Initiative nur zu häufig ihre „Verantwortlichkeiten“: So sollten beispielsweise dem Gewinntransfer der Multis keine Zügel mehr angelegt werden. Der jährliche milliardenschwere Nettokapitaltransfer Lateinamerikas in den finanziell ausgezehrten Norden könnte weiter anschwellen, wenn sich die „latinos“ „verantwortlich“ zeigen. Dagegen nimmt sich die Investitionsofferte aus Washington alles andere als großzügig aus: 300 Millionen Dollar sollen in einen multilateralen Investitionsfonds kanalisiert werden, wenn die Regierungen „Hindernisse für Auslandsinvestitionen beseitigen“ und „Fortschritte bei der Privatisierung“ erzielen - mithin sich neoliberal anpassen. Der US-Eigenbeitrag für den Fonds: 100 Millionen Dollar. Das sei, meinte ein Kritiker, etwa so viel, wie in drei Tagen zwischen Rio Grande und Feuerland an Gewinnen und Zinsen abgezogen würden. Ein weiterer Vergleich: Das kleine Uruguay muß jährlich 550 Millionen Dollar an Zinsen überweisen.

Der Optimismus einiger Regierungschefs ist wenig verständlich: „Wir können nicht umhin, an die vielen gescheiterten Allianzen und Initiativen zu erinnern“ schrieb selbst die konservative uruguayische Zeitung „El País“. Bis auf den heutigen Tag haben die USA in ihren Beziehungen zu Lateinamerika keine Politik der „Perestrojka“ - wie sie der

kolumbianischen Nobelpreisträger Gabriel Garcia Márquez fordert - eingeläutet. Seit der Monroe-Doktrin (1823) ist es der Hegemonialmacht zumeist gelungen, den Hinterhof militärisch, politisch und wirtschaftlich auf ihren Interessenskurs zu zwingen.

Interventionen, Drohungen und Versprechen haben sich bis in die letzten Jahrzehnte, die vom Kalten Krieg geprägt waren, fortgesetzt. Die „Allianz für den Fortschritt“ John F. Kennedys wurde aus Furcht vor der kubanischen Revolution, eingeführt. Das Milliardenprogramm versickerte wirkungslos in kosmetischen Reformen. Nicaragua und der zentralamerikanische Krisenherd trieben Ronald Reagan 1984 zur „Initiative für das Karibische Becken“. Die Zielsetzungen klingen ähnlich wie im Bush-Plan. Die Bilanz ist jedoch kümmerlich. Statt Freihandel regierten bislang weitgehend Protektionismus, Quoten - besonders bei Zucker - und sogenannte Selbstbeschränkungen. Nicht von ungefähr sind die Exporte der 22 Mitgliedsländer in die USA, wie das US-Handelsministerium eingesteht, seit 1984 steil abgefallen. Die soziale Situation hat sich nicht gebessert sondern teilweise drastisch verschlechtert.

In einer gemeinsamen Erklärung äußerten sich die Regierungen in Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay besorgt über den weiter wachsenden Protektionismus der USA, der vor allen Dingen Importe von Früchten, Körnerfrüchten, Lederwaren und Textilien aus Südamerika trifft. „Protektionismus paralyisiert den Fortschritt“, stimmte Bush zu. Der Präsident der Hegemonialmacht meinte damit aber wohl eher den Hinterhof. Während sich lateinamerikanische Präsidenten an der Idee eines Marktes mit 700 Millionen Konsumenten - von Alaska bis Feuerland - berauschen, hat Bush mit seiner Freihandelszone offensichtlich die 350 Millionen potentiellen Kunden im Süden der USA im Auge.

Außerdem bereiten den Vereinigten Staaten, die mit rund 670 Milliarden Dollar Weltmeister im Schuldenmachen sind, das gigantische Haushaltsdefizit und tiefe Löcher in der Handelsbilanz Kopfzerbrechen. Für Lateinamerika sind die USA nach wie vor der wichtigste Handelspartner: Über 50 % der lateinamerikanischen Ausfuhren gehen in die USA. Die USA verkauften im vergangenen Jahr für 48,4 Milliarden Dollar Waren

und Güter nach Lateinamerika, kaufte dagegen für 57,4 Milliarden Dollar bei den „latinos“ ein. In den letzten fünf Jahren hat sich ein Saldo von rund 48 Milliarden Dollar angesammelt. Die negative Handelsbilanz soll nun aus den roten Zahlen. Vor allen Dingen wollen die USA neben Pharma-Produkten und Elektronik ihre Agrarüberschüsse loswerden. An einen Subkontinent, der selber mehr Lebensmittel exportieren möchte. Wohl deshalb unterstrich Bush, als er seinen Plan vorstellte: „Neue Märkte für US-Produkte und mehr Arbeit für nordamerikanische Arbeiter.“ Das heißt mehr verkaufen und nicht mehr kaufen südlich des Rio Grande - ganz entgegen den hochgespannten Erwartungen der lateinamerikanischen „Initiativen“-Freunde.

Bush umwirbt die US-Öffentlichkeit mit dem vertrauten Argument, eine Freihandelszone sei notwendig, damit „die internationalen Investoren Profit aus den lateinamerikanischen Märkten ziehen.“ Auch ohne Bush-Hilfe erzielten US-Konzerne 1989 sieben Milliarden Dollar Gewinn in der nach Kapital hungernden Region.

Fazit:

- „Als Absatzmarkt gewinnt Lateinamerika für die USA, deren Wirtschaft durch hohe Defizite im Außenhandel und im Staatshaushalt belastet wird, um so mehr an Bedeutung.“ (Deutsch-Südamerikanische Bank)
- „Eine Analyse der Indikatoren der nordamerikanischen Wirtschaft ergibt, daß die Initiative konkreten wirtschaftlichen und strategischen Bedürfnissen der Vereinigten Staaten entspricht.“ (SELA/Lateinamerikanisches Wirtschaftssystem)
- „Lateinamerika hat noch mehr als Japan den Schlüssel für das Handelsdefizit der Vereinigten Staaten in der Hand.“ („Wall Street Journal“)

In der neuen Weltwirtschaftsordnung schälen sich drei Pole heraus: Europa, Fernost und Nordamerika. Lateinamerika könnte den US-Pol vergrößern.



TIME, 8. 4. 91

MERCOSUR: „MODELL REIN UNTERNEHMERISCHER INTEGRATION“?

Foto: Fridhelm Griepentrog/SURPRESS

Zumindest hat der US-Vorstoß bewirkt, daß in einigen Hauptstädten Integration mal wieder Hochkonjunktur hat. So im südlichen Kegel Südamerikas, dem Cono Sur. Doch der Anstoß kam weniger aus den Präsidentenpalästen, als vielmehr aus den Vorstandsetagen großer internationaler Konzerne. Die nationalen Grenzen und Märkte sind ihnen zu eng geworden. Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay wenden sich zum „Gemeinsamen Markt Cono Sur“ (Mercosur), zusammenschließen. Der Vertrag wurde am 26. März 1991 unterzeichnet, Details werden noch ausgearbeitet. Bis Ende 1994 werden die Zölle zwischen Argentinien und Brasilien - den bedeutendsten Volkswirtschaften Südamerikas - schrittweise auf Null Prozent heruntersetzt. Den ärmeren Juniorpartnern Paraguay und Uruguay wurde ein zusätzliches Jahr für die schwierige Anpassung zugestanden. Ein gemeinsamer Außenzoll muß noch ausgehandelt werden.



MERCOSUR: PARA LOS RICOS COLERA PARA LOS POBRES

„Mercosur für die Reichen, Colera für die Armen“

D

ie Multis, die bislang in mehreren Ländern Töchter unterhielten, können nun ihre Produktion rationalisieren und weiter automatisieren. Noch weniger Arbeitsplätze heißt das in Ländern, in denen immer mehr Menschen ihren Job verlieren. Und nationale Unternehmen werden ohne nationale Protektion der Multi-Konkurrenz kaum standhalten können, wie schon die Erfahrungen mit der bislang wohl ehrgeizigsten, aber sang- und klanglos gescheiterten Lateinamerikanischen Freihandelszone (ALALC) zeigen.

Wie im Mercosur geplant, wurde in der ALALC den Privatunternehmen als Motor für Liberalisierung, Integration und Entwicklung eine entscheidende Rolle eingeräumt. Dem international renommierten Wirtschafts- und Entwicklungsexperten Raul Prebisch schwante damals, „daß die Vorteile des gemeinsamen Marktes hauptsächlich von der ausländischen Industrie und nicht von den inländischen Werken genützt werden.“ Er sollte Recht behalten. Über die Multis, die schnell in die Handelsoffensive gingen, schrieb die US-Zeitschrift „Fortune“: „An nicht wenigen Vorstandstischen wird der gemeinsame Markt allmählich zu einem wichtigen Faktor für die Planung der Zukunft. „Ford Motor do Brasil“, die Galaxie-Modelle herstellt, hat die Absicht, ein schönes Netz mit der „Ford de Argentina“, die Falcon-Modelle erzeugt, zu weben und dadurch Ersparnisse zu erzielen, so daß beide Firmen Automobile für größere Märkte produzieren können.“

Gegen eine Integration lateinamerikanischer Staaten erhebt sich keine Stimme, allerdings gegen eine Entwicklung, die sich im Mercosur anbahnt. Alle vier Regierungen schwören auf neoliberale Rezepte. Der Mercosur würde damit zum Spiegelbild der wirtschaftlichen Entwicklung in den Einzelstaaten. Da die Verträge unterzeichnet sind, wollen viele oppositionelle Politiker und Gewerkschafter die Integration kritisch unterstützen, damit der Mercosur nicht nur

- „ein Modell rein unternehmerischer Integration“ (Uruguays Gewerkschaftszentrale PIT-CNT) wird.
- Der brasilianische Spitzenpolitiker Leonel Brizola fordert: „Wir wollen

eine Integration, die die Kartelle aufricht. Es stimmt einfach nicht, daß diese Integration verwirklicht wird, um die Marktwirtschaft zu stärken. Vielmehr droht eine Wirtschaft der Kartelle.“

- „Wenn der Binnenmarkt nicht gestärkt wird und die lateinamerikanischen Unternehmen nicht modernisiert werden“ (Luis Anderson, ORIT), gebe es wenig Chancen für eine echte Integration.
- Die kritischen Mercosur-Befürworter verlangen einen gewissen Grad von subregionalem Protektionismus, damit sich der Binnenmarkt entwickeln kann - zudem eine koordinierte Modernisierung, gemeinsame Unternehmen und eine Stärkung der öffentlichen Unternehmen, um die Kontrolle über strategische Bereiche der Wirtschaft zu behalten. Mithin eine größere Unabhängigkeit von den USA.

Doch hier tun sich Widersprüche auf: Die Regierungschefs des Mercosur haben weniger den Binnenmarkt, als vielmehr den Export im Visier. Außerdem sind sie auf neoliberale Anpassungsprogramme verpflichtet, was mit Zollhürden für den Freihandel kaum vereinbar ist. Und: Die USA wollen mit ihrer „Initiative der Amerikas“ Produkte „made in USA“ absetzen. Bislang haben die USA noch

BERUFSRISIKO

Die Bankiers der großen Banken der Welt, die den Terrorismus des Geldes praktizieren, vermögen mehr als König und Marschall und mehr als selbst der Papst zu Rom. Sie machen sich nie die Hände schmutzig. Sie töten niemanden: Sie begnügen sich damit, dem Schauspiel Beifall zu spenden. Ihren Beamten, die internationalen Technokraten, befehlen in unseren Ländern: Sie sind weder Präsidenten noch Minister, sie sind in keiner Wahl gewählt worden, aber sie bestimmen die Höhe der Löhne und öffentlichen Ausgaben, die Investitionen und Desvestitionen, die Preise, Steuern, Zinsen, die Beihilfen, den Zeitpunkt des Sonnenaufgangs und die Höhe der Niederschläge. Sie kümmern sich jedoch nicht um die Gefängnisse, noch um die Folterkammern, noch um die Konzentrationslager, noch um die Hinrichtungsstätten, obwohl an diesen Orten die unvermeidlichen Folgen ihrer Taten geschehen. Die Technokraten nehmen für sich das Privileg der Verantwortungslosigkeit in Anspruch: „Wir sind neutral“, sagen sie.

(Eduardo Galeano: Das Buch der Umarmungen)

jede Gegenwehr im Hinterhof unterlaufen.

Ein weitere Freihandelszone wird demnächst eröffnet: Zwischen den USA und Mexiko. Kanada soll angeschlossen werden. Dabei sind die strategischen Interessen Washingtons unübersehbar, hofft es doch, durch ein Abkommen Zugriff auf die mexikanische Erdölindustrie zu erhalten. Noch sperrt sich der vom Weißen Haus gehätschelte Präsident Carlos Salinas de Gortari, das „Symbol der nationalen Unabhängigkeit“ auf dem Freihandelsaltar zu opfern. Mexiko droht vom nördlichen Nachbarn total abhängig zu werden. Bereits jetzt wickelt das Land über Zweidrittel seines Außenhandels mit den „gringos“ ab. Im Norden Mexikos haben sich zudem 1.800 Lohnveredelungsbetriebe - häufig Filialen japanischer und nordamerikanischer Multis - angesiedelt. Sie wurden von den niedrigen Löhnen angezogen und beschäftigen rund 500.000 mexikanische Arbeiter. Der Nutzen ist für Mexiko nach Meinung von Kritikern gering, steht jedenfalls in keinem Verhältnis zu den saftigen Dividenden der Unternehmer.

Die Gemeinsame Freihandelszone (ALC) könnte - so befürchten unabhängige Gewerkschaften - 900.000 kleine und mittlere Unternehmen in Mexiko in den Bankrott treiben und unzählige Arbeitsplätze vernichten, wenn US-Konzerne das Land überschwemmen. Mexiko sei, so versuchte Präsident Carlos Salinas de Gortari zu beschwichtigen, kein Land billiger Arbeitskräfte. Aber gleichzeitig weigerte sich sein Arbeitsminister, den täglichen Mindestlohn von 4 Dollar anzuheben, wie von der regierungsnahen Gewerkschaftszentrale CTM gefordert.

Vernichtend ist das Urteil einer Kommission der Demokratischen Partei in den USA: „Ein unbegrenztes Freihandelsabkommen zwischen Mexiko und den USA wäre eine Katastrophe. Es würde Arbeitsplätze in den USA zerstören, aber gleichzeitig die Ausbeutung mexikanischer Arbeit verewigen und schwere Umweltschäden in Mexiko verursachen. Die Nutznießer wären multinationale Konzerne und Großbanken.“

NOCH MEHR EXPORT

Als hätte ein Geschoss ein Tor geschossen, jubelte kurz vor dem Einzug in den Kommentator auf: Die Europäische Fußballunion plant, bald fünf Ausländer pro Verein zuzulassen. Dann könne Uruguay noch mehr Fußballer nach Italien, Spanien und Frankreich exportieren! Das brächte Millionen Dollars und damit Geld für die notleidenden Kassen der heimischen Vereine. Selbstverständlich gelte das nicht nur für Uruguay, sondern auch für die nachbarlichen Fußballhochburgen Argentinien und Brasilien.

Der Export von Spielern ist nichts Neues. Aber vor Jahrzehnten konnten die damals reichen Clubs ihre Stars zumeist halten und es wurden zur Verstärkung der eigenen Reihen Spieler aus den Nachbarländern importiert.

In Südamerika hatten die Engländer im vergangenen Jahrhundert wirtschaftlich Fuß gefaßt. Als damals führende Eisenbahnbauer verkauften sie auch Waggons und Schienenstränge im Süden des Subkontinents. So auch in Uruguay.

Aber die Engländer brachten nicht nur Techniker, Schienen und Lokomotiven mit, sie machten die Uruguayer, Argentinier, Chilenen und Brasilianer auch mit einem - wie ein Chronist meinte „seltsamen Sport“ bekannt. Von Popularität konnte anfangs nicht die Rede sein, denn die wenigen Neugierigen machten sich lustig über „jene verrückten Engländer, die in kurzen Hosen hinter einem großen Ball herrantraten.“

Doch das sollte sich schnell ändern. Fußball wurde wie keine andere Sportart in Südamerika populär. Uruguay, das kleine Land am Rio de la Plata, mit seinen drei Millionen Einwohnern wurde zweimal Weltmeister, seine Starclubs, Penarol und Nacional Montevideo, heimsten unzählige südamerikanische und internationale Pokale ein. Später machten es die Argentinier und Brasilianer den Uruguayern nach. Auch sie gewannen je zweimal den Cup Jules Rimet. Die Kicker-Künste der Pele und Maradona begeisterten in aller Welt.

Fußball ist in Uruguay, Argentinien und Brasilien Teil der nationalen Kultur. Es gibt nur wenige Intellektuelle, die naserümpfend im Abseits stehen. Der Schriftsteller Eduardo Galeano, hier durch sein Buch „Die Offenen Adern Lateinamerikas“ bekannt, regte sich schon vor vielen Jahren über einige Linke auf: „Ich, gestandiger Konsument des Opiums für das Volk, ich mag Fußball, ja ich mag den Kampf und Fiesta des Fußballs. Und mir macht es Spaß, Euphorie und Traurigkeit auf den Tribünen mitzuerleben - mit den Tausenden, die ich nicht kenne und mit denen ich flüchtig die Leidenschaft eines Sonntagsnachmittags teile. Ist das etwa Au-

stoben einer unterdrückten Aggressivität? Oder ist man nun reif für die Couch eines Psychoanalytikers? Oder hat man sich damit gar den Kräften der Konterrevolution angeschlossen?“

Die verheerende Wirtschaftskrise, die auch in Lateinamerika hat, hat jedoch auch das populärste Ballsportspiel Amerikas eingeholt. Wie die hochverschuldeten südamerikanischen Länder so sind auch berühmte und traditionreiche Fußballclubs wie Boca Juniors in Buenos Aires, Penarol aus Montevideo und Flamengo aus Rio de Janeiro, gezwungen, immer mehr Spieler zu exportieren, um den Schuldenfrost leisten zu können. Verschuldet sind die Vereine weltweit. Argentinier, Uruguayer und Brasilianer nicht mehr genug verdienen, um sich den Gang ins Stadion leisten zu können. Im riesigen Maracana-Stadion in Rio de Janeiro verlieren sich immer häufiger nur bei den Spitzenspielen nur einige tausende Zuschauer. Das Stadion hat 60.000 Fans. Ähnlich sieht es in den anderen Ländern aus. Selbst Fernsehübertragungen decken dann nicht mehr die gewaltigen Kosten im millionenteuren Geschäft.

Weitere Spitzenspieler müssen dann exportiert werden. Die Spiele vor heimischer Kulisse verlieren weiter an Attraktivität. Nach weniger Fans werden die Rängen ihre Mannschaft an. Ein Circus in Santos.

Obwohl in Lateinamerika boomt in Uruguay der Baby-Fußball. Eine Erklärung dafür die erstaunliche Tatsache, daß das kleine Land noch immer in Massen Spielern produziert. Noch sind Fußballspielende Kinder überall in der Millionenstadt Montevideo ein alltägliches Bild - ob an der Straße, auf dem grünen Mittelstreifen, am Strand - überall wo ein Flecken Erde frei ist, rangelt der Nachwuchs um den Ball. Ein Ball mit einem feinen Lederball, was seltener ist, einem schlaffen Gummiball oder einem Gegenstand, der einem Ball ähnelt. Meistens haben die Eltern nicht das Geld für einen neuen Ball.

Währenddessen legen sich europäische Spitzenclubs immer mehr Talentsucher zu, die sich auch in Südamerika umschauen sollen. Das heißt Talente werden - billig! - mit 17 oder 18 Jahren engagiert, damit sie frühzeitig in die Spielsysteme der AS Roma, Real Madrid oder Bayern München eingepaßt werden können. Das heißt aber auch daß sie erst gar keine Spielfreude und -kultur ala Südamerika, die auch hierzulande verloren gehen, entwickeln können. Spielerische Verarmung und die großen Stars erleben die Südamerikaner nur mehr auf dem Bildschirm, wenn mal wieder ein Spiel aus der italienischen Liga übertragen wird.

- EIN EIGENTOR ?

Karl-Ludolf Hübener

GEWERKSCHAFTEN, REPRESSION UND DIE ZUKUNFT



„Die Konsequenzen sind klar: Wirtschaftsprogramme und Anpassungspolitiken führen zu einer starken Reduzierung gewerkschaftlicher Organisation in Lateinamerika – eine Tendenz, die sich in den nächsten Jahren noch verschärfen kann.“

(ACHIM WACHENDÖRFER,
GEWERKSCHAFTSBERATER LATEINAMERIKA
DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG)

Krise und neoliberale Anpassung kosten unzählige Arbeitsplätze: Die öffentliche Verwaltung schrumpft und Staatsunternehmen werden privatisiert - Bereiche, die für die Gewerkschaften bislang organisatorische Hochburgen waren. Private Produktionsapparate werden stillgelegt, weil sie nicht konkurrenzfähig sind. In Argentinien haben die Industriegewerkschaften in den zwei Jahren durch Desindustrialisierung zwischen 20 und 50 % ihrer Mitglieder verloren. Durch den Verfall zahlreicher Rohstoffpreise sind in einigen Ländern die traditionellen Exportsektoren zusammengebrochen. So wurden in Bolivien nach dem Zerfall des internationalen Zinnabkommens unrentable gewordene staatliche Zinngruben privatisiert oder geschlossen. Viele Minenarbeiter mußten in andere Regionen abwandern - auch in die Coca-Anbaugebiete. Die einst kämpferische Gewerkschaft der Minenarbeiter, Symbol des unbeugsamen Widerstandes gegen Diktaturen, ist heute nur noch ein Schatten einstiger Stärke.

Je mehr die Arbeitslosigkeit anschwillt, desto stärker wird der informelle Sektor: Schmuggler, die von Kaffee bis Kokain unzählige Güter wie Ameisen über die Grenze transportieren. Autoreparaturwerkstätten und Möbeltischlereien in Hinterhöfen. Ambulante Händler, die selbst Gebasteltes, Geschustertes, Gekleistes und Gekochtes auf der Straße anbieten. Menschen, die im Müll stochern und mit dem Abfall überleben. Zum informellen Sektor zählen Familien „unternehmen“, Kleinstunternehmen (bis zu 10 Personen), Haushaltshilfen, Kleinhändler, Handwerker und Menschen, die von Subunternehmen angeheuert werden. Allen ist gemein, daß sie weder von der Steuer noch von der Sozialversicherung erfaßt werden.

In den größeren Städten Lateinamerikas wird der Anteil der informellen Wirtschaft auf 40 bis 60 % geschätzt. 1970 erreichte die Schattenwirtschaft in den vier größten Städten Kolumbiens einen Anteil von 30 %, 1984 waren es bereits 55 %. Währenddessen wurde die Gewerkschaftsbewegung glatt halbiert (1990: 7,8 % gewerkschaftlich organisiert). Viele „Informelle“ hatten früher einen festen Arbeitsplatz und waren Gewerkschaftsmitglieder.

Während unter den neoliberalen Regimen die Preise steigen, sinken die Reallöhne. Um Geldumlauf und Inflation zu bremsen, kündigte Brasiliens Präsident Fernando Collor de Mello an: „Wir werden den übertriebenen Konsum bremsen.“ Die Maßnahme traf aber vor allen die wirtschaftlich Schwächeren.

Bittere Ironie: Viele Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder, die zu den aktivsten Widerständlern der Diktaturen zählten und unerbittlich für die Rückkehr der Demokratie kämpften, werden in demokratischen Zeiten kaum belohnt, sondern eher bestraft. Das neoliberale Wirtschaftsmodell in vielen demokratisierten Ländern des Subkontinents raubt ihnen nun die Existenzgrundlage. Und wenn sie mit Streiks gegen die Verschlechterung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen aufbegehren, müssen sie erneut mit Gewalt rechnen:

- Nach Berechnungen des bolivianischen Gewerkschaftsbundes COB waren 1990 die Lebenshaltungskosten im ärmsten Land Südamerikas um 20 % gestiegen. Der Mindestlohn betrug 18 Dollar, während der monatliche Brotkorb auf 310 Dollar geschätzt wird. Dennoch hielt die Regierung des sozialdemokratischen Präsidenten Jaime Paz Zamora, der mit Ex-Diktator Hugo Banzer koalitiert, an ihrer Entscheidung fest, die Löhne einzufrieren. Als mehrere tausend Lehrer in den Hungerstreik traten, nachdem ihre Forderung nach einer Aufbesserung ihres mageren 45 Dollar-Gehalts abgelehnt worden war, verhängte die Regierung den Belagerungszustand. Militärs und Polizei verhafteten Hunderte von Hungerstreikenden.
- Schon 1989 sprach der IBFG von der „Doppelzüngigkeit“ vieler Regierungen, die sich machtlos gegenüber Todesschwadronen zeigten, aber schnell ihre Repressionsinstrumente gegen Gewerkschaften anwenden:
 - Ein besonders schlimmes Beispiel ist Kolumbien. Aberhunderte von Gewerkschaftlern, Arbeitern und Landarbeitern sind ermordet worden oder „verschwunden“. Die Untersuchungen staatlicher Stellen verliefen zumeist im Sande. Massiv treten diese aber auf, wenn

Arbeiterorganisationen protestieren. Bei einem Generalstreik wurden gleich 700 Gewerkschafter verhaftet.

- In Brasilien zeigte sich der Staat nicht in der Lage, den Gewerkschafter und Umweltschützer Chico Mendes wirksam gegen Todesdrohungen zu schützen. Die wahren Auftraggeber des Mordes an Mendes wurden zudem nie bekannt. Einen Monat vor der Ermordung des Gewerkschafters zog ein Massenaufgebot von Polizei und Heer gegen 2.000 Streikende auf, die das Stahlwerk Volta Redonda besetzt hielten. Bilanz: Drei Tote und Hunderte von Verletzten.

- Über hundert streikende Arbeiter sind in Peru im Laufe der letzten Jahre bei Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften getötet worden, wie Amnesty International dokumentierte.
- Als 1989 der venezolanische Präsident Carlos Andres Perez kurz nach seinem Amtsantritt zahlreiche Preise drastisch erhöhte, kam es zu Ausschreitungen und Plünderungen von Geschäften. Die Regierung ließ Polizei und Militär aufmarschieren. Offizielle Bilanz: Über dreihundert Tote.
- Das harte Anpassungsprogramm des honduranischen Präsidenten Rafael Callejas beantwortete die Gewerkschaft der Bananenarbeiter „Sitraterco“ mit einer Forderung nach kräftigen Lohnerhöhungen. Der Bananenkonzern, der „Chiquita“ erntet, wollte nur 25 % zahlen. Auf diese Linie schwenkte auch der Präsident ein, worauf die Bananenarbeiter die Arbeit niederlegten. Callejas drohte nun mit Ausnahmezustand, Heer und Polizei, um den Streik zu brechen. „Sitraterco“-Vorsitzender Nicolas Rivera: „Wir beschloßen den Streik zu beenden und das Angebot von 25 % zu akzeptieren, um das Leben unserer Mitglieder zu schützen.“



Foto: Debrae Latchman/SURPRESS

DAS SYSTEM

Die Funktionäre funktionieren nicht.

Die Politiker reden, sagen aber nichts.

Die Medien gehen zur Wahl, haben aber keine Wahl.

Die Medien informieren nicht, sie deformieren.

Die Lehranstalten leeren.

Die Richter verurteilen die Opfer.

Die Militärs führen Krieg gegen ihre Landsleute.

Die Polizisten bekämpfen nicht das Verbrechen, weil sie

damit beschäftigt sind, es zu begehen.

Der Bankrott wird sozialisiert, der Gewinn privatisiert.

Freier als die Menschen ist das Geld.

Die Menschen sind den Dingen untertan.

(Eduardo Galeano:
Das Buch der Umarmungen)

„Ob mit Waffengewalt oder per Gesetz, überall wird versucht die Gewerkschaften an die neoliberale Kandare zu nehmen. Die Lage der gewerkschaftlichen Freiheiten hat sich im allgemeinen verschlechtert“, urteilte der Internationale Bund Freier Gewerkschaften.

Wo keine Möglichkeit besteht, Gewerkschaften über politisch-ideologische Verbindungen zwischen Partei und Arbeiterorganisation (Beispiele: Mexikos Staatspartei PRI und die Gewerkschaftszentrale CTM; die venezolanische Regierungspartei Accion Democratica und der Gewerkschaftsbund CTV) zu disziplinieren und an Sozialpakete zu fesseln, tüfeln Regierungen an Gesetzen, um Gewerkschaften zu lähmen und das Streikrecht einzuschränken. So beispielsweise Argentiniens Präsident Carlos Saúl Menem, der im Oktober 1990 ein Dekret erließ, das Streiks in „lebenswichtigen“ Bereichen des öffentlichen Dienstes untersagt: Wasser- und Stromversorgung, Krankenhäuser, öffentlicher Transport, Öl-Gasproduktion und -verteilung, Telekommunikation, Erziehung, Justizverwaltung und alle Dienste, deren Unterbrechung „die Freiheit, die Sicherheit der ganzen oder von Teilen der Gesellschaft“ gefährden. Peronist Menem kann derartige Dekrete ohne nennenswerten Widerstand durchsetzen, da die peronistisch beherrschte CGT, die in ihrer Glanzzeit 4 der 7,5 Millionen wirtschaftlich aktiven Argentinier unter ihrem Dach organisiert hatte, über das brutale Anpassungsprogramm „ihres“ Präsidenten in zwei Strömungen zerfallen ist. Und der Wirtschaftsminister Menems fand nichts daran auszusetzen, daß der Stahlindustrielle Alcides López Aufranc nur Arbeiter einstellt, die vorher ihren Austritt aus der Metallgewerkschaft erklären.

Wenn es nach dem Willen des Präsidenten Uruguays, Luis Alberto Lacalle geht, werden die im Dachverband PIT-CNT organisierten Gewerkschaften bald gesetzlich gezwungen, über eine eventuelle Arbeitsniederlegung geheim abzustimmen. Obwohl die auch von Uruguay unterzeichnete Konvention der Genfer Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) die interne Organisation den Gewerkschaften überläßt.

Die neoliberale „Chilenisierung“ Lateinamerikas spiegelt sich auch in Arbeitsgesetzen wider, die in Vorbereitung oder bereits in Kraft sind. Errungenschaften der Gewerkschaften werden aufgehoben oder verwässert. Arbeitsverträge werden „flexibilisiert“, Arbeitsnormen „modifiziert“, Arbeitssicherheit gelockert und Entlassungen erleichtert.

Die neoliberale „Chilenisierung“ Lateinamerikas spiegelt sich auch in Arbeitsgesetzen wider, die in Vorbereitung oder bereits in Kraft sind. Errungenschaften der Gewerkschaften werden aufgehoben oder verwässert. Arbeitsverträge werden „flexibilisiert“, Arbeitsnormen „modifiziert“, Arbeitssicherheit gelockert und Entlassungen erleichtert.

Kasse letztlich also kein Geld aus der eigenen Gewinntasche sondern ein Beitrag, der den Arbeitern - ohne weitere Verpflichtungen ohnehin zusteht.

Besonders in Guatemala und Costa Rica hat dieses Unternehmerinstrument Fuß gefaßt. In Costa Rica gibt es etwa 100.000 organisierte „Solidaristen“. Ausgerechnet eine sozialdemokratische PLN-Regierung hat 1984 dem „Solidarismo“ per Gesetz die juristische Basis gegeben, um als Unternehmen, Gewerkschaft und Kooperative zu operieren. Diese Regierung rührte aber keinen Finger, um ein Gewerkschaftsgesetz aus dem Jahre 1943, das starke Einschränkungen des Organisationsrechts beinhaltet - die Angestellten der Privatwirtschaft dürfen sich gewerkschaftlich organisieren - zu reformieren.

Kein Zweifel, die meisten Gewerkschaften Lateinamerikas stehen mit dem Rücken zur Wand. Die Wirkung von Streiks, die sich häufen, scheint immer mehr ergebnislos zu verpuffen. Alberto Piccinini, Funktionär der argentinischen Metallarbeitergewerkschaft UOM: „Derzeit helfen isolierte Streiks nicht mehr weiter, die Kräfte erschöpfen sich, ohne konkrete Lösungen erreicht zu haben.“ Arbeitsniederlegungen könnten zu einer stumpfen Waffe verkommen, wenn es nicht „ein Kampfinstrument für den Extremfall“ (Luis Anderson) bleibt. Noch schlimmer: die zahlreichen Streiks im öffentlichen Dienst - Busverkehr, Post, Müllabfuhr - stoßen zunehmend auf den Unwillen in der Bevölkerung. Das Image leidet.

Aber auch die Legitimität, die Arbeiterschaft zu vertreten, schwindet mit schwächer werdenden Organisationen. Programmatische Krisen machen sich bemerkbar, da alte Konzeptionen nicht mehr auf neue Herausforderungen passen.

In Zentralamerika fordern Unternehmer, oft im Zusammenspiel mit Regierungen, die gewerkschaftsfeindliche „Solidarismo“-Bewegung, in der Arbeiter wie Unternehmer organisiert sind. Harmonie statt Konflikt steht auf dem Programm, Streiks sind verpönt. Die Arbeiter werden geschickt in eine falsche Solidarität mit den Zielsetzungen der Unternehmen eingebunden. Letztlich wird ihnen Unternehmerideologie eingeimpft. Nicht gerade selten sind Arbeitsplätze mit einem „Solidarismo“-Beitritt verbunden. Die Arbeiter steuern 3 bis 10 % für den „Solidarismo“-Fonds bei. Der Fonds dient als Sparreserve, für Kapitalbeteiligungen der Arbeiter an Unternehmen und für die Finanzierung sportlicher und kultureller Veranstaltungen. Die Unternehmer dirigieren dagegen ihr Geld, das eigentlich für den gesetzlich geregelten Entlassungsfonds vorgesehen ist, in die „Solidarismo“-

lungen passen. Als weitere Schwierigkeit, den neoliberalen Ansturm abzuwehren, erweist sich die Heterogenität der kontinentalen Gewerkschaftsbewegungen. Sie sind „nicht homogen, nicht einheitlich, sondern stellen eher eine Summe von Gewerkschaftsorganisationen dar, die sich zutiefst in ihrer sozialen Zusammensetzung, ihrer politischen Tradition und Ideologie, ihrer Organisationsstruktur, ihrer Stellung in der Gesellschaft und ihren Aktionen unterscheiden“ (Achim Wachendörfer). Doch trotz aller Unterschiede stehen alle vor ähnlichen Problemen und Herausforderungen.

Die traditionelle Trennlinie zwischen den drei Gewerkschaftszentralen - die kommunistische CUPSTAL, die populistisch-sozialdemokratische ORIT und die christdemokratische CLAT verschimmt zusehends. Die Perestrojka hat die kommunistisch beeinflussten Gewerkschaften in eine tiefe Krise gestürzt. Am populistischen Verteilermodell ihrer Parteienpartner orientierte Gewerkschaften, wie die CTM in Mexiko oder die CGT in Argentinien, verlieren an Einfluß, da der Staat immer weniger zu vergeben hat. Und „apolitische“, rein auf Lohnforderungen ausgerichtete Gewerkschaften sind den neoliberalen Modernisierern nicht gewachsen. Weniger Transmissionsriemen von Regierungen und Parteien und mehr Autonomie ist sicherlich eine der Lehren aus der gewerkschaftlichen Vergangenheit.

Die ORIT, die lange Zeit eher Transmissionsriemen für die Hinterhof-Politik der US-Gewerkschaften und US-Politik war, heute jedoch mehr sozialdemokratisches Profil aufweist, schält sich offensichtlich als stärkste verbleibende überregionale Kraft heraus. Ihr Vorsitzender, Luis Anderson, setzt sich für eine gemischte Wirtschaft ein, in die der Staat durchaus regelnd eingreift. Die ORIT möchte sich künftig als sozialpolitische Bewegung verstehen: Es sei eine „dringende und unaufschiebbare“ Aufgabe, daß sich die Gewerkschaftskräfte „mit anderen Sektoren und Bewegungen wie die der Jugendlichen, Frauen, Landarbeiter, Umweltschützer, Intellektuellen und des informellen Sektors“ Verbindung suchen. Und „die zentrale Idee des gewerkschaftlichen Kampfes geht über Kollektivverhandlungen - das heißt über die natürliche Sorge um Lohnhöhe und Verdienst - hinaus. Unsere zentrale Anstrengung zielt auf die Verbesserung der gesamten Gesellschaft. Es geht insbesondere um die schwächsten und am meisten benachteiligten Sektoren in unseren Ländern.“ (Luis Anderson in „Nueva Sociedad“ Nr. 110/Caracas)

Wenn die Gewerkschaften deshalb als sozialer und politischer Faktor überleben wollen, werden sie sich von ihrem klassischen Verständnis als Vertretung der Industriearbeiter verabschieden und sich gegenüber neuen Themen, neuen Strategien und anderen sozialen Bewegungen öffnen müssen. CUT-Vorsitzender Bustos: „Wir sind nur ein Teil der chilenischen Gesellschaft.“

„Abermillionen arbeiten inzwischen im ständig wachsenden informellen Sektor, der typischen Überlebensform der Armen in Lateinamerika. Dennoch versuchen neoliberalen Politiker, die informellen Arbeiter zum originären Unternehmer zu erklären und ins Lager der Unternehmer zu ziehen. Eine neue gewerkschaftliche Definition von Arbeit ist dringend gefragt, sonst laufen Gewerkschaftsmitglieder Gefahr, von den „unabhängigen“ Arbeitern im informellen Sektor als „privilegierte Kaste von Arbeitsplatzbesitzern“ abgelehnt zu werden. In Kolumbien funktionieren bereits 120.000 Mikrounternehmen, die schlecht der Kapitalseite zugeschlagen werden können, stehen sie doch noch schlechter als Arbeiter da, weil es ihnen an jeglichem sozialen Schutz

mangelt. Die gewerkschaftliche Organisation der „Informellen“ und die Unterstützung ihrer sozialen Forderungen steht auf der Tagesordnung.

Gerade in der Schattenwirtschaft ist der Anteil der Frauen groß. Und auch in der legalen Wirtschaft wächst ihr Anteil zusehends. Bei General Motors in Mexiko sind fast 30 % aller Beschäftigten Frauen. In Brasilien stieg der Anteil der Frauen an der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung von 6,1 % (1970) auf 18,4 % (1985). Besonders im Dienstleistungssektor (Banken, Handel, Telekommunikation, Transport, Gesundheits- und Erziehungsdienst) werden immer mehr Frauen angestellt. In einigen Zweigen stellen sie bereits die Mehrheit.

Jedoch sind nur 10 % aller beschäftigten Frauen gewerkschaftlich organisiert. „Wenig Bewußtsein“ heißt es noch immer in männlichen Gewerkschaftskreisen. Das steht allerdings in auffälligem Kontrast zur starken Beteiligung von Frauen an Streiks, Protesten und Demonstrationen. Maria Berenice Godinho Delgado, Koordinatorin der CUT-Kommission für Frauenfragen: „Die Gewerkschaften reproduzieren die hierarchischen Beziehungen der Geschlechter, wie sie in der Gesellschaft vorherrschen.“ Probleme wie ungleiches Gehalt, Qualifikation, Doppelarbeit in Betrieb und Haushalt, sexueller Mißbrauch am Arbeitsplatz werden nach wie vor als spezifische Frauenfragen und weniger als Gewerkschaftsfragen, die alle angehen, behandelt. Resolutionen auf Gewerkschaftskongressen bleiben oft Dekoration und halten die Probe auf die Praxis kaum stand. Eine Demokratisierung der Geschlechterbeziehungen und eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Frauenbewegungen sei unaufschiebbar - so Delgado.

Zusätzlich wird sich die Gewerkschaftsbewegung stärker auf wissenschaftliche Beratung einlassen und sich im Zusammenhang mit dem Thema „Neue Technologien“ die Rolle der Techniker, höheren Angestellten und Freiberuflern auseinandersetzen müssen. Um Produktivität und Effizienz der Unternehmen zu erhöhen, sei - so Anderson - eine Beteiligung an den Unternehmensentscheidungen unumgänglich: „Das wird erreicht, in dem Maße wie der Arbeiter Teil des Unternehmens, in einem System der Mitbestimmung, wird. Es ist nicht mehr ausreichend am Verhandlungstisch zu erscheinen, um eine Antwort des Unternehmens auf die Frage nach der Zukunft des Arbeiters entgegenzunehmen. Auf einer Basis der Gleichheit sollte der Arbeiter die Buchhaltung einsehen, die Realität des Unternehmens kennenlernen, nicht nur um Forderungen stellen zu können, sondern um mehr Wissen zu erlangen, damit das Unternehmen besser funktioniert und Produktivität und Gewinn steigen. Nur so können wir der neoliberalen Politik entgegenreten.“ Und schließlich erfordern wirtschaftliche Operationen im größeren regionalen Räumen, Integration und Freihandelsabkommen eine wirkungsvolle internationale Zusammenarbeit.

Die Diskussion hat in einigen Gewerkschaften eingesetzt. Eine schnelle positive Antwort auf die drängenden neuen Fragen könnte der Gewerkschaftsbewegung wieder Auftrieb geben. Jedenfalls hat die brasilianische CUT, die weniger von strikten Traditionen und unflexiblen Dogmen beeinflusst ist, gezeigt, daß es nicht unbedingt abwärts gehen muß. Von den 23 Millionen offiziell registrierten Arbeitskräften gehören inzwischen 13 Millionen zu Gewerkschaften, die in dem erst 1983 gegründeten Gewerkschaftsverband zusammengeschlossen sind.



**VERÖFFENTLICHUNGEN
AUS DER REIHE
ENTWICKLUNGSPOLITIK-
INTERNATIONALE
ARBEITSTEILUNG"**



**EP 1
DIE UNTER-
ENTWICKLUNG
ENTWICKELT SICH
WEITER**

● Grundlagen der Entwicklung
3. aktualisierte Auflage

**EP 9
WELTWEITE
UMWELTKRISE**

**EP 10
BRASILIAN
● Gewerkschaften
und Industrialisierungsprozeß**

**EP 11
WELTWEITE
VERSCHULDUNGSKRISE
● 2. völlig überarbeitete Auflage**

**EP 12
BUNDESDEUTSCHE
TRANSNATIONALE
KONZERNE
● Studie**

Nord-Süd-Netz
DGB
BILDUNGSWERK e.V.

**EP 13
VON NATIONALER
EIGENFERTIGUNG ZU
WELTWEITER BESCHAF-
FUNG
● Internationale Arbeitsteilung**

**EP 14
„NEUE TECHNOLOGIEN
- WIRTSCHAFTSMOTOR
FÜR DIE LÄNDER
DER DRITTEN WELT“
(Erscheinungsdatum 12/91)**

**EP 15
2. TREFFEN DER
GEWERKSCHAFTLICHEN
SOLIDARITÄTS- UND
AKTIONSGRUPPEN
MIT DER DRITTEN WELT**

**EP 16
SÜDAFRIKA
● Gewerkschaften gegen
Apartheid**

**EP 17
RÜSTUNGSEXPORT -
NACHHOLENDE
INDUSTRIALISIERUNG
DURCH RÜSTUNGS-
EXPORT?**

**EP 18
3. TREFFEN DER
GEWERKSCHAFTLICHEN
SOLIDARITÄTS- UND
AKTIONSGRUPPEN
MIT DER DRITTEN WELT
● Durch Vielfalt der Ansätze
Engagement verstärken**

**EP 19
STRATEGIEN
TRANSNATIONALER
KONZERNE
● Schwerpunkt Chemiekonzerne
● Wandel der Auslandsgesetz-
gebung in den Entwick-
lungs-
ländern**

**EP 20
„KAKAOBOHNE
UND SCHOKORIEGEL“
● Multis im „süßen Geschäft“**

**EP 21
NEOLIBERALISMUS UND
DEMOKRATISIERUNG -
GEWERKSCHAFTEN IN
LATEINAMERIKA**

**EP 22
„OSTKONKURRENZ
FÜR SÜDPOLITIK“ -
GEHT DER SÜDEN LEER
AUS?**

**EP 23
4. TREFFEN DER
GEWERKSCHAFTLICHEN
SOLIDARITÄTS- UND
AKTIONSGRUPPEN
MIT DER DRITTEN WELT
(Erscheinungsdatum 9/91)**

**EP 24
POSITIONEN:
H.-P. REPNIK
„EILE TUT NOT.“
● Entwicklungspolitik
als dringende Aufgabe
(Erscheinungsdatum 8/91)**

**EP 25
AFROSTROJKA -
● Afrikanische Staaten
zwischen Demokratisierungs-
welle und weltwirtschaftlicher
Strangulation
(Erscheinungsdatum 9/91)**